

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . K 18.—  
vierteljährlich . . . 48.—  
halbjährlich . . . 96.—  
ganzjährig . . . 192.—

Kündigung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlegung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

3. Jahrgang.

Sonntag, 25. März 1923.

Nr. 70.

## „Schüßet die Republik!“ Die Reichskonferenz der Bergarbeiter.

Das war bislang der Ruf, den die unterschiedlichen Reaktionen im Staate erhoben, um damit ihre wahren Absichten und Bestrebungen zu verdeutlichen und durch die Schaffung des Gesetzes zum Schutze der Republik die Reaktion in den Sattel zu setzen. In den letzten Tagen erkönt wieder der Ruf „Schüßet die Republik“ doch diesmal sind es nicht die gleichmäßen zu „Staatsfeinden“ stigmatisierten oppositionellen politischen Parteien, vor denen der Staat geschützt werden soll, sondern es ist eine weit bedrohlichere Gefahr, welche diese Warnung aktuell gemacht hat: die Häufung von Skandalen, deren Ausstrahlungen bis in die Kreise der staatlichen Bürokratie reichen und die aufzeigen, daß etwas faul und morsch im Staate ist, das mit eisernem Besen raschest ausgefegt werden muß, soll der Staat nicht an dieser Fäulnis zugrundegehen. Um die empfindlichen Nerven des Staatsanwaltes zu schonen, wollen wir ihm verraten, daß diese Behauptungen und Beschuldigungen nicht allein unserer Meinung über gewisse Vorfälle der letzten Zeit entstammen, sondern daß es die Meinung des Blattes einer in der Regierung befindlichen Partei ist, die hier wiedergegeben ist. Es ist die Brünner tschechisch-sozialdemokratische „Stráž socialismu“, die in ihrer Ausgabe vom 23. März l. J. unter dem Titel „Schüßet die Republik“ behauptet, die Republik bedürfe dringend des Schutzes vor ihren Feinden, die sie zu vernichten drohen und die in diesem Falle nicht die Deutschen, Kommunisten und die slowakische Volkspartei sind, sondern „unser Bureaukratie“! Und das Blatt schreibt: „Wir haben eine besondere Schichte von Bürokraten, die nur deshalb in staatlichen Diensten stehen, um den dadurch gewonnenen Einfluß zur Verteidigung verschiedener kapitalistischer Betrüger auszunützen und sich mit ihnen in die auf betrügerische Weise erzielten Gewinne zu teilen. Die Sage von der Regierung, die sich nur als eine Art Exekutiv-ausschuß der kapitalistischen Ausbeuter fühlt, gewinnt bei uns immer mehr an Berechtigung“. Es muß schon sehr arg sein, wenn das Blatt einer so treuen Regierungspartei derartige Register aufzuziehen sich bemüht fühlt.

In der Tat: hat nicht allein schon der von uns ausführlich dargestellte Fall Bergler, des ehemaligen Gesandten und Strauchritters, und die ihm wegen seiner angeblichen „nationalen Verdienste“ vom Außenministerium zuteil gewordene „wohlwollende“ Behandlung ganze Hände gesprochen? Hat nicht der Krach der „Moravsko-slezka Banka“ die Frage entstehen lassen, wie es möglich war, daß unter den Augen der Behörde eine Gesellschaft von unfähigen Tröpseln, gewissenlosen Hasardeuren und Betrügern jahrelang in dieser Bank zum Schaden der vertrauensseligen Einleger wirtschaften konnten? Es ist auch erklärlich, daß der Zusammenbruch der Bohemia Bank und die mehr als bedenklichen Umstände, die zu ihm führten, den Ruf „Schüßet die Republik!“ notwendig macht, welcher Schutz ebenso vor der den Staat beherrschenden und plündernden Bürokratie, wie vor der ihn verwaltenden Bürokratie zeitgerecht wäre. Beide sind nicht nur an dem Krach der Bank mitschuldig, ihre innige Verbindung bewirkt auch, daß, wie gemeldet wird, die Bohemia Bank jetzt auch hofft, staatliche Hilfe zu erhalten, um damit die Folgen ihrer Mißwirtschaft decken zu können. Daß es sich bei der „Moravsko-slezka banka“ und der „Bohemia“ nicht bloß um vereinzelte Fälle handelt, geht daraus hervor, daß, wie der Risse-ner „Rova Doba“ zu entnehmen ist, noch von zwei anderen Geldinstituten gesprochen wird, die, wie auch dem Finanzministerium nicht unbekannt sein dürfte, in ihrer Existenz ernstlich bedroht sind. Eine dieser Unternehmungen hielt, wie dasselbe Blatt berichtet, erst in den letzten Tagen seine Generalversammlung ab, in der ein „Reingewinn“ von 3.500.000 K ausgewiesen und die Auszahlung einer sechsprozentigen Dividende, d. h. sechs Prozent beschloffen wurde. Es fehlte auch nicht an ausgiebigen Remunerationen und Tantiemen für die Funktionäre, obwohl der wahre Stand dieses In-

### Die Konferenz empfiehlt den Ostrauer Bergarbeitern, die Arbeit aufzunehmen.

Prag, 24. März. Gestern tagte in Prag die Reichskonferenz der Bergarbeiter, um zum Streike der Bergarbeiter im Ostrau-Karwiner Revier und zur Regelung der Arbeitszeit im Bergbau Stellung zu nehmen. Die Konferenz, an der 52 Delegierte der drei Verbände und 19 Delegierte der drei Revierräte teilnahmen, fand unter Vorsitz des Senators Jarolim (Union), Brozik (Soag) und Viskovic (Edruzeni) statt. Es wurde folgender Beschluß mit großer Majorität angenommen:

Da im Zuge der Verhandlungen über die Beendigung des Abwehrstreikes der Bergarbeiter des Ostrau-Karwiner Reviers annehmbare Bedingungen für die Beendigung des Streikes erreicht werden konnten, genehmigt die Reichskonferenz das Vorgehen der loalierten Bergarbeiterverbände und ihre Verfügungen bezüglich der Verschiebung des Generallstreikes der Bergarbeiter.

Aufgrund der erreichten Bedingungen für die Beendigung des Streikes der Bergarbeiter des Ostrau-Karwiner Reviers empfiehlt die Reichskonferenz den dortigen Bergarbeitern, die Arbeit anzutreten.

Die Reichskonferenz erklärt in Vertretung der Bergarbeiter aller Reviere der Republik, daß es unbedingt notwendig ist, eine gesetzliche Reform der Arbeitszeit im Bergbau durchzuführen. Diese Reform werden die Bergarbeiter aller Reviere energisch anstreben. Die Konferenz erwartet mit Rücksicht auf die Erklärung, welche der Minister des Innern im Namen der Regierung den Vertretern der loalierten Bergarbeiterverbände abgab, daß die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit im Bergbau baldigst durchgeföhrt sein wird.

Die Reichskonferenz erklärt neuerlich, daß die Bergarbeiter eines jeden Revieres sich mit der größten Entschlossenheit gegen jeden Versuch der Unternehmer, die bisher bestehende Arbeitszeit zu verlängern, wenden werden und daß die übrigen Reviere sich mit den angegriffenen Revieren solidarisch erklären.

### Vertrauensstundgebung für die Vertreter der loalierten Verbände.

Die Reichskonferenz nahm ferner einstimmig folgenden Antrag an:

In Erwägung der von den Vertretern der loalierten Verbände über den Streit der Ostrauer Bergarbeiter mit den dortigen Unternehmern erstatteten Berichte und unter Bedachtnahme der früher abgeschlossenen Vereinbarung hinsichtlich der Arbeitszeit an Samstagen für das Ostrauer Revier, spricht die Reichskonferenz hiemit den Vertretern der loalierten Bergarbeiterorganisationen und allen an diesen Verhandlungen beteiligten Bergarbeitervertretern ihr unerschütterliches Vertrauen aus.

Aus der der Reichskonferenz vorgelegten Vereinbarung geht hervor, daß seitens der Vertreter der loalierten Bergarbeiterorganisationen alles unternommen wurde, den Angriff der Ostrauer Unternehmer abzuwehren. Außerdem wurde alles veranlaßt, das einheitliche Vorgehen der Bergarbeiter nicht nur in dem gegenwärtigen Streit, sondern auch für die Zukunft, wo es sich um die definitive gesetzliche Regelung der Arbeitszeit im Bergbau handeln wird, zu erhalten.

stitutes ein ganz anderer sein soll. In dem zweiten Falle handelt es sich um eine Anstalt, welche bei einem Aktienkapital von 30.000.000 K mehr als 100.000.000 Kronen fremder Einlagen aufweist. Die „Rova Doba“ verweist schließlich darauf, daß ein Beweis, wie gewissenlos und habfüchtig manche Personen in den Bankleitungen sind, darin zu sehen sei, daß ein hervorragender Bankfunktionär rechtzeitig sein ganzes Vermögen seiner Frau zuschreiben ließ, damit im Falle des Bankrotts des von ihm geleiteten Unternehmens sein eigenes Vermögen geschützt sei. Und um die Diste der Skandale aus der letzten Zeit zu ergänzen, sei an den Fall der Spirituszentrale und an den Ministerialrat Brachil erinnert, an die Familie des hohen staatlichen Beamten Katolich, die den Staat um Millionen bestrahl, von kleineren Beträgern und Schädigern des Staates gar nicht zu reden. Ein Geschmeiß von anrüchigen Abenteurern und Betrügern hat sich wie ein gefährlicher Heuschreckenschwarm auf das Land gestürzt und ist zur furchtbarsten Landplage geworden.

### Gegen die Schreibweise des „Rude Pravo“.

Mit allen gegen vier Stimmen wurde fern von der Reichskonferenz folgender Antrag angenommen:

Die Reichskonferenz der Vertreter der Bergarbeiter aller Reviere weist das Vorgehen und die Art der Schreibweise des Zentralorgans der kommunistischen Partei „Rude Pravo“ mit der größten Entschiedenheit zurück.

Das Vorgehen und die Schreibweise des genannten Blattes ist geeignet, in die Reihen der Bergarbeiter Unstimmigkeit hineinzutragen, wodurch planmäßig zur Zertrümmerung der gewerkschaftlichen Bergarbeiterorganisation und zur Schwächung der Macht- und Aktionsfähigkeit der gesamten Bergarbeiterschaft hingearbeitet wird.

### Die Erklärung des Innenministers.

Der Vertreter des Ministerpräsidenten, Minister des Innern Malypetr, erklärte am Freitag den 23. März im Abgeordnetenhaus im Namen der Regierung der tschechoslowakischen Republik den Vertretern der loalierten Bergarbeiterverbände Brozik, Pohl, Jarolim, Vrba und Draxl, daß die Regierung sich mit der Frage der gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit beschäftigen und sich bemühen wird, dieselbe zur geeigneten Zeit zu erledigen.

Aber alles hier Gesagte verblaßt gegenüber den Fall von beispielloser Korruption, den das obzitierte Blatt, die „Stráž Socialismu“, nach den Darlegungen des Abgeordneten Chalupa im Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses mitteilt. Er betrifft die Eigentümerin der Firma A. Fuchs in Kullena bei Königgrätz, die dem Staate für die Jahre 1915 bis 1922 Steuern im Betrage von 1.799.000 K schuldet, die also volle sieben Jahre nicht einen Heller Steuern entrichtete! Frau A. Fuchs ist durch die von ihr betriebenen Kettenhandelsgeschäfte unruhmlüchzt bekannt. Unter ihrer Leitung wurde eine Gesellschaft gegründet, die schwer kranke Personen auf hohe Beträge versicherte, die aber vor der Aufnahme in die Versicherung zur ärztlichen Untersuchung andere und zwar gesunde Personen schickte. Sie ging aus dem gegen sie angestregten Prozesse strafflos hervor, weil die Untersuchungsakten bei der Behörde verlorengingen! In Königgrätz wies man damals mit Fingern auf die mehr als gute Bekanntschaft der Fuchs mit den Untersuchungs-

richtern Jahalka und Durdik hin. Als die Steuerbehörde an die Eintreibung der Steuern ging, ließ die Fuchs ihre Häuser Nr. 13 und 14 in Kullena ihrer Tochter Stefanie Kopsstein, der Gattin des Senatspräsidenten des Obersten Gerichtes (!!) überschreiben! Während nun Frau Amalie Fuchs ihr unbewegliches Vermögen in Sicherheit brachte, überführte sie ihr bewegliches ins Ausland. So gelang es ihr, nach Deutschland etwa 750.000 bis 1.000.000 K zu bringen. Der Paß, den sie hierbei benützte, ist unauffindbar. Ihr Sohn Viktor Fuchs schmuggelte gleichfalls Geld ins Ausland und hinterlegte es vornehmlich bei der Firma Volkmer und Wähling in Wien. Durch das Urteil des Preßburger Gerichtes vom 28. Juni 1921, Z. 5685/1921/III wurde Viktor Fuchs wegen Geldschmuggels von Preßburg nach Wien verurteilt. Bei der Zollrevision wurden bei ihm 10.000 Kronen in der Manschette eingenaht gefunden. Er schmuggelte auch ein Auto aus Deutschland in die Tschechoslowakei, das er der tschechischen Agrarbank um 145.000 K verkaufte. Als die Untersuchung eingeleitet wurde, waren eines Tages auch diese Aktien, diesmal bei der Finanz-Landesdirektion, spurlos verschwunden! Derselbe Viktor Fuchs entlockte einem belgischen Fabrikanten, dem Bruder des belgischen Finanzministers, 100.000 K Vorschuß auf Leder, das er bis heute zu senden vermag. Außer diesem Betrug kamen noch andere Betrügereien ans Tageslicht, weshalb Fuchs verhaftet wurde und sich gegenwärtig in Untersuchungshaft beim Kreisgericht in Königgrätz befindet. Eine zweite Tochter der Fuchs, Elsa, verheiratet mit dem Ministerialrat Komers, ist Besitzerin einer Fabrik in Weichitzschelna und schuldet angeblich Steuern in der Höhe einer Million K. Die „Stráž Socialismu“ behauptet, es gehe aus einer Reihe von Akten hervor, daß die Steuerbehörde in Königgrätz bei der Eintreibung der Steuern ihre Pflicht nicht erfüllt habe. Aus Zuschriften, deren der Abgeordnete Chalupa im Budgetausschuß Erwähnung tat, und von denen einige in der sonntägigen „Reforma“ veröffentlicht wurden, geht unwiderleglich hervor, daß die Amalie Fuchs und der Schwager des Senatspräsidenten des Obersten Gerichtes Otto Kopsstein, Viktor Fuchs, ihre Betrügereien nur mit Hilfe des genannten Senatspräsidenten des Obersten Gerichtes, Otto Kopsstein, durchzuführen vermochten. Sein Helfer, der als eine Art vollziehendes Organ fungierte, ist Herr Dr. Pagan, Finanzrat bei der Finanz-Landesdirektion! Dem Abgeordneten Chalupa, der diese schweren Anklagen im Budgetausschuße erhob, wurde keinerlei Antwort zuteil. Die Finanzverwaltung erhoffte wohl, daß die Sache in Vergessenheit geraten werde. Die „Stráž Socialismu“ schließt ihre Mitteilungen, daß die Finanzverwaltung gegen die beschuldigten Beamten sofort das Disziplinarverfahren einleite.

Der Korruptionsstumpf sinkt zum Himmel. Anstatt ihm trocken zu legen, was freilich eine Herculesarbeit wäre, haben die Regierungsparteien in letzter Zeit keine größere Sorge gezeigt, als den „Schutz der Republik“ durch Schaffung eines auf die Bekämpfung des schrecklich aufgemauerten „Hochverrats“ gerichteten dauernden Ausnahmegesetzes zu betreiben. In verhängnisvoller Verblendung nennen sie es „Schutz der Republik“, wenn sie die politische Freiheit knebeln und die Macht und Willkür der Demokratie ins Ungemessene zu steigern helfen. Wohl ist die Republik bedroht, aber nicht durch den „Hochverrat“, der von gewissen Parteien zu politisch-reaktionären Zwecken als Schreckbild an die Wand gemalt wird, sondern von der übermächtig gewordenen Bankenoligarchie und von der Korruption, die sich wie ein fressendes Krebsgeschwür in den lebenswichtigsten Keilen des Staatskörpers eingemischt hat. „Schüßet die Republik“ — das vielmißbrauchte Schlagwort gewinnt hier lebendige Bedeutung!

### Deutschlands Totengräber.

Deutschlands gefährlichste Feinde leben nicht außer, sondern in seinen Grenzen. Und das will angefaßt des Meeres von Ost und West und Vernichtungswillen, in welchem sich das deutsche Volk zu behaupten hat, schon sehr viel sagen. Was immer die Friedensdiktatoren von Versailles, was die Vorkriegskonferenz von Paris dem Deutschen Reich angedeihen ließen, die Korinthe des Ostes, der Westfront, von Ostpreußen und jetzt des Ruhrgebietes, wie sehr sie dadurch das Wirtschaftsleben des Volkes an der Wurzel getroffen haben — ein es vermochten sie aus eigener Kraft nicht: das nach vierhundertjähriger Vorbereitung einseitig aufgebaute Reich zu zerbrechen und es in jene Kleinstaaten zurückzuführen, die seit den Tagen des dreißigjährigen Krieges die Ohnmacht und das Verhängnis der Deutschen verschuldet hat. Und gerade darauf, auf dieses letzte, unheilvolle Ziel arbeiten die „Deutschesten der Deutschen“ hin, die sich allein das Recht zubilligen, „national“ zu sein, und die „bötsche Politik“ zu treiben vorgeben, wenn sie mit allen Mitteln der Hebe und des Verbrennens Zwecke ihrer Person und ihrer Rasse verfolgen.

Was die letzten Tage an Nachrichten über die Vorbereitungen und Pläne der Rechtsbolschewisten brachten, zeigt Deutschland nicht am Abgrund des mörderischen Bürgerkrieges und damit des Zerfalls; es läßt befürchten, daß das Poincaré als reife Frucht nationalitätlicher Treibereien in den Schoß fallen wird, was er mit allen „Sanktionen“ und Repressalien nicht durchzusetzen vermochte: die Zerstörung Deutschlands, und zwar von innen her. Mit Meldungen aus Bayern fing es an, als man vernahm, daß die nationalsozialistische Regierung Knüttel gegen den Völkerverbund und dessen Führer Machtausbruch vorzugehen sich entschlossen habe. Dann tauchte die Gefahr eines Generalaufstandes in Oberschlesien auf, die Arbeiter drohten dort, die Arbeit niederzulegen, falls es den Behörden nicht gelänge, dem herausfordernden Gebaren der aus Arbeitszeiten fortwährenden chauvinistischen Selbstschutzverbände ein Ende zu setzen. Ungefähr gleichzeitig wurde der berühmte Freireiseführer Korbach gefangen gesetzt und jüngst endlich, am Freitag, veranlaßt eine sozialdemokratische Interpellation den preussischen Innenminister Seebert im Landtag, die Maßnahmen der „deutschvölkischen Freiheitspartei“ in Norddeutschland ins rechte Licht zu rücken.

Wohin man also blickt, in allen Gegenden des Reiches, rüsten sich die Rechtsbolschewisten zu einem entscheidenden Schlage, und es sind nicht etwa unüberlegte Handstreich unterverantwortlicher Elemente und wahnwitziger Abenteurer, um die es sich hier handelt, sondern was die nationalsozialistischen Parteien an „großen Männern“ ihr eigen nennen, hat dabei mitgetan und tut es noch: Ludendorff und Helfferich haben die Hand im Spiele, Kahr und Banerius „gekronter König“ Dr. Heim, die Abgeordneten Wulle, Henning und Gräfe der Kronprinz Rupprecht und — selbstverständlich — der „deutsche Mussolini“ Adolf Hitler. Wie sich gebührt, bildet die „Ordnungszelle“ des Reiches, Bayern, den Kern der Bewegung und wenn diese sich noch nicht in gewaltigen, staatszerstörenden Taten entlid, wenn hoffentlich die für den 31. März drohende Butschgefahr abgewendet worden ist, so fällt das Verdienst der Uneinigkeit der bayerischen Heiden zu. Sie sind zum Glück nur in einem einig, im Wunsch nämlich, der „Republik der Juden und Sozis“ ein Ende mit Schreden zu sehen, doch wie sie es tun sollen, dafür können sie keine gemeinsame Formel finden. Der Kreis um den Kronprinzen Rupprecht, um Kahr und Dr. Heim schieben am liebsten ein möglichst selbständiges, monarchisches und hierarchisches Bayern einschließlich Deutsch-Oesterreichs, das mit dem übrigen Reich nur ganz lose zusammenhinget; die Hitlerleute

wollen von Bayern aus die Diktatur über ein von Juden und Sozialdemokraten „gereinigtes“ Deutschland errichten und Ludendorffs Ideal ist die straff einheitlich auf Revanche eingestellte Militärmonarchie.

Doch wie immer sich jede dieser Gruppen das künftige Deutschland zurechträumt, mühte es wieder der Staat der gegenwärtig Entschieden werden, Offiziere, Bürokraten, Korpspräsidenten, Schwerindustrie, Rechtsanwälte, Professoren, Oberlehrer mühten in ihm wieder einzig und allein zu entscheiden und durch den „König von Gottesgnaden“ ihre Herrschaft auszuüben haben, und Rache gälte es zu nehmen an jenen, die least der Demokratie sie für vier Jahre aus den bequemen Lehntühlen der Amtsgewalt herauszuwerfen gewohnt hatten. In solchen Gefühlen und Zielen wissen sich alle Depressierten einig und dieser gemeinliche Kampf um den persönlichen Gewinn vermochte zwischen den einzelnen Gruppen so feste Brücken zu schlagen, daß sie sich, aller Gegensätze ungeachtet, unter das einheitliche Kommando des stärksten Willensmenschen, Hitlers, zu stellen entschlossen; nicht nur in Bayern, sondern auch im übrigen Deutschland, er war, nach einem erfolgreichen Putsch am kommenden Sonntag, zum Diktator Deutschlands ausersehen. Der unfähliche Volksverrat, der in diesem genau entworfenen und durch Tausende von Stoßgruppen gestützten Pläne liegt, tritt in die gefährliche Beleuchtung erst durch die Tatsache, daß gerade die führende Hitlergruppe mit der wohlwollenden Neutralität der französischen Militärlisten rechnet, also wohl weiß, Poincarés Gehör zu besorgen, wenn sie der gegenwärtigen Verfassung Deutschlands den Garau macht. Etwas Widersäheres kann man sich schwer ausdenken, als daß all diese Menschen für Tag in hunderten von Reden und Zeitungen alle chauvinistischen Instinkte gegen Frankreich aufzuspüren und daß sie die also Aufgehobenen nicht etwa benützen wollen, um Frankreich zu bekämpfen, sondern um auf Kosten der deutschen Einheit und Freiheit und zu Frankreichs Gewinn die eigene unumschränkte Herrschaft wieder aufzurichten.

Den Geheimorganisationen und ihren dunklen Zielen hat die preussische Regierung durch den Mund Seeverings den Kampf angefaßt, die bayerischen Machthaber wahren höchstens die Form, tun aber nichts Entscheidendes, Cuno hat jüngst in München auch nicht eben so gesprochen, daß dadurch den Abenteurern der Mut allzusehr gemindert wurde, und wie wenig Verlaß auf die Reichswehr ist, lehrt die Tatsache, daß an einer in Potsdam abgehaltenen Besprechung der Butschgenerale Reichswehroffiziere aus allen deutschen Gegenden teilgenommen haben. Sich da mit Versicherungen und kräftigen Bannreden der Regierung begnügen sollen, heißt vom Proletariat viel, ja allzuviel verlangen. Nichts Furchtbarer als Bürgerkrieg, gewiß! Wenn aber ein Kampf in möglicher Nähe gerückt ist, muß das Proletariat vorziehen, sich zur Abwehr gerüstet zu wissen, als sich wehr- und widerstandlos von grausamen Feindern abschlagen zu lassen! Ehe das Proletariat daran denken kann, seine Abwehrformationen aufzulassen, soweit sie notwendig bestehen, muß es Taten der Regierung sehen und nicht nur gutgemeinte, doch in der harten Welt der Dinge so unwirksame Worte hören. Der Dolch muß den Wegelagerern, die der deutschen Freiheit und Demokratie aufbauen, zuerst aus den Händen gewunden, ihre Organisation von Grund aus zerstört sein. Dann wird der deutsche Arbeiter gern auf den proletarischen Selbstschutz verzichten. Geht die Regierung anders vor und behandelt sie die Organisationen von rechts und links nach ein- und demselben Rezept, dann kann es ihr leicht widerfahren, daß sie sich eines Tages dem Heerbann der Rechtsputschisten hilflos gegenübersehen.

### Inland.

Schlufwort zur kommunistischen Parlaments-Komödie. Sofort nach dem „revolutionären“ Auftreten der Kommunisten bei der Beratung des Schutzgesetzes im Plenum des Abgeordnetenhauses haben wir die „Vorwärts“-Leute mit einem Artikel aus dem Hüsel gebracht, der diesen politischen Komödianten in für sie unangenehmer Weise ankündigte, wie könnten über ihr Verhalten bei den Verhandlungen mit den Vertretern aller deutschbürgerlichen Parteien und unseres Abgeordnetenklaubs wegen der zur Bekämpfung des Schutzgesetzes einzuschlagenden gemeinsamen Taktik berichten, worauf „die kommunistischen Arbeiter Ohren und Augen aufreißten werden“. Die Aufdeckung der zwiespältigen, insonsequenten und demagogischen Taktik der Kommunisten hat den Herrschaften allerhand zu schaffen gemacht und der „Vorwärts“ bemüht sich krampfhaft, die namentlich für ihn so leidige Angelegenheit zu einem erträglichen Ende zu führen. Da die Kommunisten nun unbedingt von uns noch eine schriftliche Bestätigung ihrer jämmerlichen Haltung urgieren, so wiederholen wir: An der gemeinsamen Beratung der Opposition über das Schutzgesetz nahmen mit uns „neben Smeral auch Lodgman, neben Burian auch Krepel, neben Kreibich auch Jung“ teil. In dieser Besprechung erklärten die Kommunisten zunächst klipp und klar, daß sie eine Verhinderung des Schutzgesetzes für unmöglich halten — was sie später nicht hinderte, „kampfbereut“ in die Arena zu steigen und den Arbeitern die Komödie eines „Kampfes“ vorzuspielen. In derselben gemeinsamen Beratung waren es weiter wiederum die Kommunisten, die eine stürmische Obstruktion als unmöglich erklärten — ganz im Sinne der Ausführungen Smerals auf der Sophieninsel, wo er verkündete, daß der Kampf gegen das Schutzgesetz an anderer Stelle, außerhalb des Parlamentes ausgefochten werden müsse. Verlogen und demagogisch haben sich die Kommunisten — entgegen den Äußerungen Smerals und den Feststellungen ihrer Vertreter in der gemeinsamen Besprechung der Opposition — im letzten Augenblick entschlossen, ihre Taktik zu ändern und ihre Komödie aufzuführen, die sie dann als „revolutionären Kampf“ bezeichneten. Was diesem „revolutionären Kampf“ vorausging, beweist, daß es sich wirklich um nichts anderes als um einen einfachen Schwindel handelt, wie er in den 21 Bedingungen Mosklaus den kommunistischen Parteien ja ausdrücklich empfohlen wird. Daß sie aber nach dem Schwindel uns, weil wir ihn selbstverständlich nicht mitmachten, als Verräter und Gefasste hinzustellen versuchten, ist eine journalistische Lumperei, über die jeder anständige Mensch, also auch jeder kommunistische Arbeiter, Augen und Ohren aufreißten muß. Und damit senken wir nachsichtig den Vorhang über den gräßlichen Herzeinfall des Lügen-„Vorwärts“.

Vom Wohlgeruch des Eigenlobs gibt die Rede einen ungefähren Begriff, welche der Außenminister Dr. Benes Freitag in der Bräuner „Staatswissenschaftlichen Gesellschaft“ gehalten hat. Wie er versicherte, sprach er über

die „Probleme und Methoden der Außenpolitik“, was man zu hören bekam, lag jedoch diesem staatsphilosophischen Thema weitestens und beschränkte sich auf die immer wiederholte Behauptung von der Weisheit und Vortrefflichkeit der eigenen Dr. Benes'schen Außenpolitik. Diese ist geradezu, wenn man ihrem Vater glauben darf, ein Unikum im schönen Mahhalten: sie wagt die „demokratischen Grundzüge“ musterergültig, räumt der Deffentlichkeit in diplomatischen Dingen alle nur möglichen Rechte ein, weist „Ehrlichkeit, Sachlichkeit und einen genauen Sinn für das Recht“ auf, „zeichnet sich“, Feind aller „alten Konventionalität“, durch „demokratische Arbeitsamkeit, sachliche Tüchtigkeit und Beweglichkeit“ aus und ist „immer bestrebt gewesen, wirklich eine Wissenschaft und eine Kunst zu sein“. Alle Beziehungen, die sie anknüpfte, geschahen „auf der Grundlage eines genauen Kalküls, einer Erwägung aller Interessen, Bedürfnisse und Kräfte“. Obwohl diese Vorzüge so in die Augen springen, daß Dr. Benes sie kräftig herausstreichen muß, damit wir Blinden sie auch sehen, „ist sie nicht ohne Kritik geblieben“, wie der Redner mit einem schweren Seufzer hinzufügen mußte. Dem einen ist sie „nicht slavisch und national“ genug, weil sie nicht in Russland das Sowjetregime zu stürzen unternahm, dem anderen bindet sie sich zu slavisch an die große Entente, ein Dritter findet sie zu „demokratisch“ und ein Vierter zu wenig um das heilige „Prestige“ besorgt, doch Benes bleibt sich des rechten Weges wohl bewußt. Mitten zwischen der Sphäre der „materialistischen“ und der Charibdis der „autoritären nationalsozialistischen Konzeption“ lenkt er das tschechoslowakische Staatsschiff mit dem Steuer der „Philosophie“ und „Humanität“ weise hindurch. Diese Blütenlese aus dem „staatswissenschaftlichen“ Vortrag mag genügen. Denn dank ihr sieht jeder den Mann schon genau, der sich selbst Kränze windet und sein System als vortrefflich preist, weil er von greifbaren Taten — und nur die zählen in der Politik — beim besten Willen nichts zu erzählen weiß. Dr. Benes hätte sich hüten sollen, eine staatspolitische Theorie zu entwickeln. Denn als historisch gebildetem Mann sollte ihm bekannt sein, daß jederzeit die unfruchtbarsten und verhängnisvollsten Staatslenker, ein Genie und Metternich etwa, die — scharfsinnigsten Theoretiker waren.

Aus dem Abgeordnetenhaus. Auf Antrag des tschechoslowakischen Abgeordnetenklaubs wird die Koalition eines besonderen Ausschusses für Staatsangelegenheiten errichtet, der sich mit der Frage der Gehalte der Velleidungsaktion, sowie mit der Festsetzung der Reisepensen der Staatsangehörigen befassen soll. — Die Koalitionsparteien haben ferner beschlossen, einen besonderen Ausschuss für slowakische Fragen zu errichten, in den für die tschechischen Sozialdemokraten die Abgeordneten Lehotsky und Vendo, für die tschechischen Sozialisten Abgeordneter Grubovsk und für die tschechischen Agrarier die Abgeordneten Srobar und Klimo eintreten. — Am Programm der Frühjahrsession befindet sich außer dem Mieterschutzgesetz, das aus drei Teilen besteht, nämlich aus dem Gesetz über den Mieterschutz selbst, dann aus dem Gesetz über die Wohnungsfürsorge und aus dem Gesetz über die gerichtliche Räumung von Wohnungen, die Sozialverjüngungsvorlage, die Vermögensabgabe, die Vorlage über die Verstaatlichung der Buschthradbahn, das Gesetz über die Arbeitsvermittlung, das Gesetz über die Vereinigung von Industriebetrieben, das Gesetz über Arbeiter- und Konsummentenkammern, und eine Reihe von kleineren Vorlagen. — Die slowakischagrarischen Abgeordneten erhielten Drohbriebe, die von den Faschisten unterschrieben sind und in denen ihnen mit einem Bombenattentat gedroht wird.

### Epiloge.

von Felix Stössinger (Berlin).

Zu meinen hier veröffentlichten Berichten über die Theater Berlins und den Geisteszustand Deutschlands möchte ich einiges nachtragen, was das hier von mir gezeichnete Bild ergänzend und manches Verlesene erhärten soll. Zunächst zum Thema Berliner Theater:

Die Volksbühne hat sich erfreulicherweise das Verhalten Kahlers nicht ruhig gefallen lassen. Ein etwa drei Monate dauerndes Schauspielergastspiel des Direktors an einer anderen, gewöhnlichen Schauspielbühnen dienenden Bühne ging doch etwas über die Begriffe hinaus, die man sich auch heute noch über das Wirken eines Direktors eines Volksbühnentheaters zu machen für berechtigt hält. Kähler konnte gewiß schwer einem Gastspielantrag widerstehen, der ihm für drei Monate jeden Abend eine Gage von 250.000 Mark garantierte. Aber auch die Volksbühne trennte sich leicht von Kähler, der nicht eine einzige künstlerische Erwartung erfüllt hat, in der Zusammenarbeit den Volksbühnenorganen unüberwindliche Schwierigkeiten bereite, und außerdem als der einzige Berliner aus innerstem Herzen deutschnationale Theaterdirektor nicht gerade der richtige Leiter einer Bühne ist, die noch immer auf den Kulturwillen der Arbeiterschaft aufgebaut ist.

Die Frage der Nachfolge beschäftigt eine neungliedrige Ausschuss, dem nicht viele, aber doch einige Theaterkennner angehören. Als Kandidaten nennt man Jürgen Fehling, Karlheinz Martin, Emil Seyer, Julius Bab, besonders aber Nefft, den alten bewährten geschäftlichen Leiter der

Volksbühnen. Wenn ich zu entscheiden hätte, würde ich Fehling wählen. Durch ihn war die Volksbühne ein Jahr das lebendigste Theater Berlins. Statt dem Traum der Staatstheaterintendanten nachzugehen, der sich bestenfalls doch erst in Jahren erfüllen könnte, sollte Fehling eine Aufgabe ergreifen, die ihm nahe liegt und die gerade junge Menschen ledend sollte.

Mit der Krise der Volksbühne wurde gleichzeitig die Krise anderer Theater ruckbar. Das Zentraltheater, das nicht sehr gute Köpfe als proletarisches Theater für lebensfähig hielt, hat sich, um dem Zusammenbruch zu entgehen, über Nacht dem Konzern der Rotter'schen Theater angeschlossen, also jenem Theatertrupp, der nicht, wie man sagt, das Berliner Theater ruiniert hat, sondern nur der schändlichsten Ausdruck unseres Theatertrums ist. Damit gehört den Brüdern Rotter ab 1934 ein halbes Dutzend Berliner Bühnen: Kleines Theater, Residenztheater, Trianontheater, Theater des Westens, Vestingtheater, Zentraltheater. In allen diesen Theatern werden entweder totehafte Stücke mit Hilfe einer Bombenbesetzung literarisch gemacht oder literarische Stücke so gespielt, daß sie selbst in die niedrigen Stürnen eindrängen, die in den ersten Rudfauteuren einen Nachhülfskursus in Literatur der letzten 30 Jahre nehmen. Vom proletarisch-kommunistischen Theater zu einer Filiale der Rotter. — ein tiefer, aber schneller Absturz.

Mitten in der Katastrophe steht das Neue Volkstheater, das zur Volksbühne gehört, das Schillertheater, das unter der Direktion Patteg fünf Minuten vom Kurfürstendamm eine Vorortschmiede geworden ist, stand das Große Schloßparktheater in Steglitz (vom Robertkonzern), das schon in ein Kino verwandelt wurde. Vor der Katastrophe reitet sich der Konzern der Hol-

laenderbühnen, durch „Alt-Heidelberg“ und eine Tanzoperette, an denselben Stätten, wo einst Reinhardt mit Shakespeare, Schiller, Cebipus Goldmarkmillionen verdiente. Die allgemeine Theaterkrise, die ja zunächst als geistige Krise in Erscheinung tritt, wird also schneller als man es dachte, durch wirtschaftliche Zusammenbrüche gelöst werden, und der unwahre Zustand, daß die Hauptstadt eines tiefbankrotten Reiches mehr als zwanzig Unterhaltungstheater hat, wird von selbst aufhören. Was die Bühnen inzwischen Gutes bieten, darüber nächsten mehr.

\* \* \*

Während das deutsche Volk von früh bis abends in seinen Zeitungen nichts anderes als das liest, was geeignet ist, die Verständigung mit Frankreich zu verhindern (ohne die wir rettungslos, aber wirklich rettungslos zugrundegehen), haben die wenigen Menschen, Menschen mit Rechtsgefühl, die es noch gibt, über eine kleine, unauffällig gedruckte Notiz hinweggesehen, obwohl diese Notiz in keiner von mir gesehener Zeitung mit einem Kommentar zum Aufrütteln des Lesers erschienen ist. Aber wer noch Rechtsgefühl hat, brauchte keinen Kommentar zu der Nachricht, daß das Reichsgericht die Revision zum Hardeprozess verworfen hat. Es bleibt also definitiv bei dem Urteil, das Nordbuben mit aller Nachsicht vorübergehend ins Gefängnis sperrt, obwohl kaum der Nord eines vertierten Schurken moralisch so abscheulich sein könnte, wie die Tat der Germanenjünglinge, die sich für Geld und eine bayerische Staatsanstellung zur Ermordung des ihnen persönlich vollkommen unbekanntesten Harde vermiekten, — schlimmer als die verkommenste Dure. Ja, es bleibt bei dem Urteil, und das Volk erfährt infolge der äußeren po-

litischen Lage nicht, welche innere Schmach dies bedeutet.

Kann man sich da wundern, daß Deutschlands Verfall, sein wissenschaftlicher, der den moralischen nach sich zieht, daß die wenigen Menschen von Mut und freier Gesinnung, die es überhaupt noch gibt, verzagen, daß sie das Recht in Anspruch nehmen, das sonst keiner haben sollte, das Recht zu resignieren! Es nützt doch alles nichts, sagt mancher, was sollen wir unsere besten Kräfte vergeuden, unser Leben riskieren, dessen Menschening bestimmt keine Sühne finden wird!

Einer der schärfsten und mutigsten Vorkämpfer eines besseren Deutschland, der unter vier verschiedenen Pseudonymen und unter seinem eigenen Namen seit dem Krieg in linksbürgerlichen und unabhängigen sozialistischen Blättern die Reaktion satirisch bekämpfte, war mir seit einigen Monaten verloren gegangen. Ich dachte erst, er sei mit einer größeren Arbeit beschäftigt, die ihn von Tageskämpfen fernhalte, als ich durch einen Zufall erfuhr, daß er Bankrottier geworden war. Er hat das Schreiben aufgegeben. Wozu — es nützt doch nichts in diesem Lande. Man findet weder Anerkennung noch wirkt man ins Leben hinein. Man will helfen, und gilt als Landesfeind. Man schirmt die Republik, aber ihre Minister schleppen einen bestrengen vor Gericht. Man bekämpft die Justizschmach und wird dadurch zum Objekt ihrer Schande. Man versucht die Besten vor Mörderkugeln zu schützen und macht sich selbst zum Zielpunkt. Lieber zur Bank als zur Schlachtbank. Ist das die neue Lösung unserer Kameraden?

Dem deutschen Volk ist die Regel durch das eine Ohr hineingeflogen und durch das andere wieder hinaus, sagt irgendwo Karl Kraus, der beste Kenner der deutschen Mentalität. Wer das

Die Versuche um die Wiedererrichtung des „Cas“. Eine Gruppe von Redakteuren des eingegangenen „Cas“, versuchten, das Blatt neu zu gründen und es gelang ihnen auch, bisher eine Million Kronen für den Preßfond zusammenzuheben. Sollte es ihnen gelingen, diesen Betrag noch um eine halbe Million zu erhöhen, so wollen sie am 1. Mai mit der Ausgabe des neuen „Cas“, der allerdings nur einmal täglich erscheinen wird, beginnen. Die verlautet, soll Senator Dr. Herben in die Redaktion des neuen „Cas“ eintreten.

Das Mandat nach der verstorbenen Abgeordneten Slaunic. Nach dem Tode der dem Klub der tschechischen Sozialdemokraten angehörenden Abgeordneten Franziska Slaunic bestimmte das Ministerium des Innern mit Dekret vom 5. Februar d. J. den tschechischen Sozialdemokraten Josef Konečný zum Nachfolger im Mandat. Gegen diese Entscheidung des Ministeriums des Innern wurde von den Übergangenen — weil jetzt kommunistisch gewordenen — Nachfolgern in der Liste, auf die die Abgeordnete Slaunic gewählt wurde, beim Wahlgerichtshof Beschwerde erhoben. Heute wurde nun vom Wahlgerichtshof nach dreistündiger erregter Verhandlung die Entscheidung gefällt: Die Beschwerde gegen die Entscheidung des Ministeriums des Innern wurde als unbegründet abgewiesen, da die vier Beschwerdeführer aus der tschechischen sozialdemokratischen Partei ausgetreten sind, bevor ihre Verurteilung im Abgeordnetenhaus nach dem Tode der Abgeordneten Slaunic erfolgen konnte. Die Beschwerde vertrat Dr. Brunner, für den Klub der tschechischen Sozialdemokraten war Dr. Meißner erschienen. — Josef Konečný bleibt somit Nachfolger im Mandat der Abgeordneten Slaunic.

Ein Kongreß der Ruthenen. Einer Meldung des Preßbüros aus Unkaracs entnehmen wir: Unter Teilnahme von ungefähr 600 Delegierten der ruthenischen Oppositionsparteien Dr. Kaminsky, Gagacfas und Modos in Karpathoruthland, und der russischen Nationalpartei in der Slowakei, fand heute ein Kongreß statt, auf welchem über die bekannten Forderungen der Karpathoruthen und der slowakischen Ruthenen, wie sie bereits auf dem Kongreß in Eperjes und im Ungarischer Protokoll zum Ausdruck gebracht wurden, verhandelt wurde. Nach Referaten über die politische Lage, die wirtschaftliche und die ethnographische Lage des russischen Elementes in der Tschechoslowakei wurde eine Resolution angenommen, in der die Erfüllung der ruthenischen Forderungen und die Vereinigung aller einheimischen und ausländischen ruthenischen Kräfte zwecks gemeinsamen Kampfes gegen das sich in Karpathoruthland zeigende und demokratische und antinationale Regime gefordert wird. In der Schulfrage wurde betont, daß die beteiligten Parteien in den Volksschulen als Unterrichtssprache die Ortsprache der Bevölkerung und in den Mittelschulen das Großrussische fordern. Es wurde ein Antrag angenommen, in Karpathoruthland nach amerikanischem Muster einen 100-gliedrigen Rat der Nationalverteidigung zu bilden. Auf dem Kongreß wurde ein Telegramm der amerikanischen Ruthenen verlesen, in welchem die Ruthenen in der tschechoslowakischen Republik aufgeführt werden, konsequent die Erfüllung der nationalen und kulturellen Forderungen anzustreben, aber gegenüber ihrem Staate loyal zu sein. Bei den Reden einiger Referenten kam es zu lärmenden Streitigkeiten zwischen den Angehörigen der den Kongreß veranstaltenden Parteien und jenen der anderen Parteien. Eine Reihe von Oppositionellen wurde aus der Versammlung entfernt. Die Ausgeschlossenen veranstalteten auf dem Ringplatz eine eigene Versammlung, in der gegen die Tendenz des ganzen Kongresses protestiert wurde.

restlos eingesehen hat, der kämpft mit einer neuen Entschlossenheit weiter, oder er zieht sich zurück und sucht sich einen Beruf, der ihn ernährt. Macht euch euren Dreck alleine, sagte Anjust, als er den Thron Sachsens verließ. Sollen die Republikaner dasselbe sagen? Sollen wir alle zur Bank gehn? Ist dann nicht die Schlachtbank umso sicherer, unser Los und das Los der ganzen Republik!

Das Proletariat hat keine Wahl. Es kann dem Massenkampf kein Moratorium gewähren, sich nicht in den Ruhestand zurückziehen! Daher ist ja die Pflicht der bürgerlichen Intellektuellen, im Kampfe anzuharren, unfindbar. Der scharfe Kritiker des deutschen Marasmus und Militarismus, von dem ich hier spreche, der die Plünderung der Revolution. Fern liegt es mir, ihn persönlich zu beleidigen. Jeder muß unkontrollierbaren und unerforschlichen Winten seiner Seele gehorchen. Aber der Fall gibt zu denken und macht traurig. Ein Zustand der Schwäche breitet sich aus, der gefährlich ist. Daß gerade die deutschen Intellektuellen, deren Haltung zu Frankreich beweist, daß sie nicht gelernt und nicht vergessen haben, in ihren wenigen bisher mannhaften Exemplaren der Resignation erliegen, zeigt leider, wie unzuverlässig ihre Kampfkraft ist. Aber wie soll das Proletariat siegen ohne Hilfe, Teilnahme und Opferbereitschaft der Intellektuellen? Die ganze furchtbare Krise des deutschen Geisteszustandes wird und so offenbar. Gewiß, man kann auch sagen Mann über Bord, das Schiff geht weiter. Aber sehr viele Männer hat der deutsche entscheidende Republikanismus nicht zu verlieren, und so ist der Verzicht auch nur eines einzigen von Rang auf jede weitere Wirksamkeit ein Symptom der schauerlichen Krankheit, in der sich der deutsche Körper fiebernd verzehrt.

## Noch immer Putzschgefahr in Deutschland.

Berlin, 24. März. (Eigenbericht.) Auf ist die Schuppel in erhöhte Alarm ohne Grund geschah, läßt sich aus den Nachrichten in Oera, Weidau und anderen Städten wurden die Einvernahmen ergab sich, daß Hitler mit seinen Gardes haben die Hun derischen in Nordbarnern aufgebieten. Man fand einen Befehl Hitlers an die 34. Hun nachmittags zwei Uhr von Hof Abmarsch nach Hitlers sollen München im Auto ver dertschaften ausbieten. Morgen vormittags einer „Felddienstabung“ in und bei München“ ausdrücken. Die bairische Regierung weiß selbstverständlich nichts von diesen Dingen! Tatsache ist auch, daß General Ludendorff, der sich in München aufhält und an mit der deutsch-völkischen Freiheitspartei in Verben aus München zurückgekehrt ist. Die preu versuch energisch entgegenzutreten.

### Rohbach vor dem Untersuchungsrichter.

Berlin, 24. März. (Tsch. P.-B.) Mehreren Blättern zufolge sind gestern die polizeilichen Untersuchungen gegen Rohbach und alle verhafteten Mitglieder der deutschvölkischen Freiheitspartei beendet worden. Rohbach wird heute vormittag dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden.

### Sturmjungen im deutschen Reichstag.

Berlin, 24. März. (Eigenbericht.) Da schon viele bürgerliche Abgeordnete Berlin verlassen haben, fürchteten die bürgerlichen Parteien, in der gestrigen Reichstagsitzung für ihre Anträge zum Ernährungsetat keine Mehrheit zu finden. Daher machten sie den Reichstag beschlußunfähig, was bei der Linken festigen Unwillen erregte. Es kam zu Sturmjungen und schließlich mußte der Reichstag bis zum elften April vertagt werden.

### Die Fortsetzung der sozialistischen Konferenz.

London, 24. März. (Tsch. P.-B.) „Daily Herald“ zufolge werden die Arbeiterführer Ramsay MacDonald, Henderson und Thomas am nächsten Samstag in Paris ihre vertagte Konferenz mit den sozialistischen Führern und sozialistischen Parteien auf dem Kontinente wieder aufnehmen.

Berlin, 24. März. (Eigenbericht.) Die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der von der Pariser Sozialistenkonferenz der Ententestaaten nach Berlin entsandten Abordnung haben heute im Reichstagsgebäude ihren Anfang genommen. Die Abordnung, bestehend aus Tom Shaw (England), Aurio und Grumbach (Frankreich), Mateotti (Italien) und Dunsmans (Belgien), erstattete Bericht über die Pariser Ver-

### Der „ungekrönte König Bayerns“ — ein Hochverräter.

Der bayerische Bauernbündler Dr. Heim, „der ungekrönte König von Bayern“ und Führer der stärksten und einflussreichsten Partei im zweitgrößten Bundesstaat, hat, in der kritischsten Zeit, die das Deutsche Reich nach dem Zusammenbruch durchlebte, der Entente gegenüber eine Haltung eingenommen, die mehr als der verlorene Krieg an sich geeignet war, den Bestand des Reiches zu gefährden. Diesem Kurbayern und Kurkatholiken konnte die Einheit des deutschen Volkes gestohlen bleiben, wenn er für seine eigenen partikularistischen und kirchlichen Ideen und Antriebe einen Erfolg erhoffen durfte.

In dem Buch, das der Presseschreiber Wilson, Vater, vor kurzem veröffentlicht hat und das aus den amtlichen amerikanischen Quellen schöpft, wird heute offen vor aller Welt dargelegt, wie in jener trüben Zeit unserer Waffenschlacht und Friedensschluß Dr. Heim den französischen Reichsvertretern bereitwillig die Hand hinstreckte zur hochverräterischen Zerstückelung Deutschlands. Vater selbst nennt in seinem Buche das Vorgehen Heims eine Intrige und erzählt, daß Marschall Foch am 19. Mai 1919 dem Obersten Rat Bericht darüber erstattete, daß Dr. Heim aus Bayern ein Ersuchen an einen französischen General gerichtet habe, mit französischen Vertretern über eine separatistische Bewegung zu sprechen. Von Vater wird gerügt, daß Foch, noch ehe der Oberste Rat durch einen Beschluß zu dem Schritt Dr. Heims Stellung genommen hatte, bereits auf eigene Verantwortung den General Desfrier nach Luxemburg zu Verhandlungen mit den „Wächtern der Revolution“ entsandt hat. Tatsächlich fand diese Aussprache zwischen dem französischen General und Dr. Heim bereits am selben Tage statt, an dem Foch die Angelegenheit im Obersten Rat zur Sprache gebracht hatte. Das Ergebnis der Verhandlungen wurde dann am 23. Mai 1919 dem Obersten Rat zur Kenntnis unterbreitet. Nach dem Bericht Vaters hatte Dr. Heim in seinem fanatischen Preußenhass den Vorschlag gemacht, die größeren Staaten des Reiches von Preußen zu trennen und als Gegengewicht einen neuen Bund mit Einschluß deutschösterreichs und unter dem wirtschaftlichen Protektorat der Entente zu bilden. Um diesen antipreußischen Köder den Franzosen noch schmackhafter zu machen, soll Dr. Heim hervorgehoben haben, daß ein solch katholisches, konservativer Staatenblock eine wirkungsvollere Barriere gegen den rus-

Anordnung des preußischen Innenministers bereitgestellt werden. Daß dies nicht erkennen, die aus Thüringen einlangen den Verhaftungen vorgenommen und bei seinen Gardes einen Einfall in Preu derischen in Nordbarnern aufgebieten. Man fand einen Befehl Hitlers an die 34. Hun nachmittags zwei Uhr von Hof Abmarsch nach Hitlers sollen München im Auto ver dertschaften ausbieten. Morgen vormittags einer „Felddienstabung“ in und bei München“ ausdrücken. Die bairische Regierung weiß selbstverständlich nichts von diesen Dingen! Tatsache ist auch, daß General Ludendorff, der sich in München aufhält und an mit der deutsch-völkischen Freiheitspartei in Verben aus München zurückgekehrt ist. Die preu versuch energisch entgegenzutreten.

handlungen, während von deutscher Seite die Anschauungen der deutschen Sozialdemokraten dargelegt wurden. Nach der allgemeinen Aussprache begann man in die Spezialdebatte über das Reparationsproblem einzugehen, die Sonntag fortgesetzt werden wird.

### Deutschlands Angebote.

Stuttgart, 23. März. (Wolff.) In einer Erwiderung auf die Ansprache, mit der der württembergische Staatspräsident Dr. Heber heute abend den Reichskanzler bewillkommnete, gab dieser u. a. einen Rückblick über die vom Reich den Franzosen gemachten Angebote, die jedesmal schriftlich unterbreitet wurden und mündlich hätten erörtert werden können. „Wir haben“ erklärte der Reichskanzler, „Poincaré wissen lassen, daß unsere Industrie zu einem Zusammenwirken mit der französischen Industrie bereit sei, allerdings mit Kenntnis der anderen Mächten, hinter deren Rücken wir nicht verhandeln wollten. Dieses Angebot ist nachweislich zur Kenntnis Poincarés gekommen; er hat ausweichend geantwortet. Mit unserem Angebot der politischen Sicherheit Frankreichs durch eine Erklärung, durch die wir zu treuen Händen einer dritten Macht zusammen mit den Anliegestaaten den Rhein paß schließen wollten, der auf ein Menschenalter hinaus den Krieg nicht ohne vorherige Volksabstimmung zulassen sollte, schloß der Kreis unserer Angebote. Finanziell, politisch und wirtschaftlich hätte Frankreich die volle Sicherheit freier Entwicklung gehabt, wenn immer es nur auf dem Boden des Vertrages von Versailles bleiben wollte. Die Antwort war der rechtswidrige Einmarsch der Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet.“

### Massenausweisung von Beamten.

Koblenz, 24. März. (Habas.) In der letzten Tagen hat die alliierte Oberkommission 44 Beamte ausgewiesen. Es handelt sich größtenteils um Polizeibeamte.

ischen Bolschewismus darstelle, als ein „preußifiziertes Deutschland“ sie je errichten könnte. Der Pakt scheiterte an der Haltung Frankreichs, das unter keinen Umständen die Einbeziehung Österreichs in diesen süddeutschen Staatenbund unter Führung Bayerns gestatten wollte. „Frankreichs Abneigung, auf irgend etwas in dieser Richtung zu verzichten, war das hauptsächlichste Hindernis einer Ernüchterung separatistischer Bewegungen“, schreibt Vater wörtlich. So schauen Bayerns „nationale Helden“ aus — und die „nationalen Helden“ anderswo auch.

## Ausland.

Die verfassungswidrige Zollverordnung. Wien, 23. März. (Eigenbericht.) Der Verfassungsgerichtshof hat heute vormittags sein Erkenntnis in der Frage der Zollverordnung der Regierung verkündet. Wie vorausgesehen wurde, hat er die Verordnung als gesetzwidrig aufgehoben und die Bundesregierung veranlaßt, dies sofort kundzumachen. In der Begründung wird ausgeführt, daß diese Materie nicht durch eine Verordnung der Regierung, sondern nur durch eine Beschlußfassung des außerordentlichen Kabinettsrats erledigt werden durfte. Das christlichsoziale illustrierte „Weltblatt“ nennt die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes eine schwere moralische Niederlage der Regierung und meint, daß dadurch zweifellos eine große Einbuße an Prestige der Regierung herbeigeführt werde.

Das Defizit der Vereinigten Staaten. Einer Neuermeldung aus Washington zufolge weist entgegen den Erwartungen der amerikanischen Staatschätze am Ende des Steuerjahres ein Defizit von 180 Millionen Dollars auf. Die ersten Schätzungen hatten ein Defizit von 117 Millionen Dollars vorausgesehen und man hatte gehofft, 100 Millionen Dollars durch die britischen Zahlungen vor dem Ende des Finanzjahres zu erhalten. Es zeigt sich jetzt aber, daß die britischen Zahlungen in Liberty-Bonds erfolgt sind und zur Verminderung des Defizits des Schatzamtes nicht verwendet werden können.

### Einigung in der Budapester Metallindustrie.

Wien, 24. März. (Eigenbericht.) Die Verhandlungen in der Budapester Metallindustrie haben heute abends zu einer provisorischen Einigung geführt, die aber erst der Vollversammlung beider Parteien vorgelegt werden muß.

## Tages-Neuigkeiten.

### Hymne an sich selbst.

Gesungen in der Brünner „Staatswissenschaftlichen Gesellschaft“

von Dr. Edward Benes.

Ich bin der größte Diplomat,  
Der je zu sehn,  
Ich baute meinen neuen Staat  
Auf Töfen und Ideen.

Als Demokrat geh' ich die Bahn  
Des Mahes und der Mitte,  
Bin frei von chauvinistischem Wahne  
Und frei von schwächlicher Güte.

Ich hob zur Wissenschaft und Kunst  
Die täglichen Staatsgeschäfte,  
Ich machte niemals blauen Dunst,  
Stell' an die tüchtigsten Kräfte.

Von meiner Gefandten Kranz umringt,  
Spotl' ich der Feinde und Rörgler,  
Für meine Größe zeugt unbedingt  
Mein glücklicher Treffer: Freund Pergler.

Eine unbegreifliche Maßnahme der Staatsbahnverwaltung. Die einen Hauptort der nordböhmischen Bohlgasindustrie bildende Stadtgemeinde Steinschönau liegt abseits von den wichtigsten Verkehrsstrecken der Staatsbahnen und ist mit diesen nur durch zwei kleine Linien verbunden. Die eine davon ist die Lokalbahn Böhmisch-Tepla-Steinschönau, deren Betrieb in schneereichen Wintern des öfteren völlig stockt. Auf dieser Strecke wurde am 15. März der allerwichtigste Zug unbegreiflicher Weise eingestellt. Ebenso sein Gegenzug. Der eine Zug geht um halb 9 Uhr abend von Steinschönau nach Böhmisch-Tepla ab, der zweite Zug verläßt Böhmisch-Tepla um drei viertel 11 Uhr abend und fährt gegen Steinschönau. Dadurch erhielt das reisende Publikum von Steinschönau und der weiteren Umgebung Anstoß an den Prager Schnellzug 503/603 und Anschluß an die Züge aus der Richtung Warnsdorf, Rumburg, Reichenberg, Teplitz, Leitmeritz, Bodenbach, Teichow usw. Dies fällt nun alles vollständig weg. Wer das Unglück hat, nicht schon sehr frühzeitig von einer Reise am Tage zurück zu sein, was oft gänzlich unmöglich ist, muß jetzt entweder drei Stunden bei Nacht und Nebel bergauf heimzu wandern oder muß irgendwo übernachten. Reisen nach Prag, Gablonz usw., welche sonst in einem Tage abgetan waren, benötigen den der höchst eigenartigen „Sparmahnahmen“ der Bahnverwaltung zum großen Verdruß der Bevölkerung glücklicherweise zwei Tage, was also einer Verdoppelung der Ausgaben gleichkommt. Samstag können viele Arbeiter und Angestellte aus den oben angegebenen Richtungen gegen Steinschönau nicht weiterfahren, wodurch sie um die ihnen gebührende Erholungszeit kommen. Daß der speziell im Sommer gegenständig rege Fremdenverkehr durch die Ausfallung der genannten Züge nicht gefördert wird, liegt auf der Hand. Alle angeführten Momente lassen mit zwingender Notwendigkeit erkennen, daß der jetzige Zustand auf der in Rede stehenden Lokalbahn nicht aufrechtzuerhalten ist. Deswegen haben die Abg. Genossen Schwelbhart, Cermak und Grünzner in der ersten Sitzung der Frühjahrsession des Abgeordnetenhauses den Eisenbahnminister interpelliert und von diesen die Wiedereinstellung des Personenzugspaares auf der genannten Lokalbahnstraße gefordert.

Eine Tat der Bezirksverwaltungscommission Billn. Aus Billn wird uns geschrieben: Die Folgen der Arbeitslosigkeit führen nun bereits in vielen Fällen dazu, daß die Arbeitslosen ohne Obdach werden. Vielfach ist es ihnen nicht mehr möglich, die Miete zu bezahlen; die Nichtzahlung der Miete bildet aber bekanntlich einen Grund zur Wohnungskündigung. Beim Bezirksgericht Billn liegen bereits einige solcher Klagen vor und man kann sich nun vorstellen, was für eine Stimmung es auslöst, wenn diese Arbeitslosen nun auch wohnungslos gemacht, im buchstäblichen Sinne des Wortes auf die Straße gesetzt werden sollen. Die Bezirksverwaltungscommission hat daher über Anrufung unserer Genossen den Beschluß gefaßt, in solchen Fällen die Zahlung der eingelagerten Miete zu übernehmen. Für den Bezirk kann dieser Beschluß sehr bedeutungsvoll werden, doch etwas mußte geschehen, damit die Erbitterung über den schrecklichen Zustand, den nun unsere Arbeitslosen durchzumachen haben, nicht noch größer wird, zumal die Zahl der Arbeitslosen auch jetzt noch zunimmt, da diejenigen Betriebe, die bisher noch teilweise gearbeitet haben, nun gleichfalls sich gezwungen sehen, den Betrieb vollständig einzustellen und die Arbeiterschaft zu entlassen.

Die Liquidation des Ständetheaterkonfliktes. Nach einer Meldung der „Lidove Roviny“ wurden dieser Tage die Verhandlungen mit dem Deutschen Theaterverein in Prag wegen der Entschädigung für das seinerzeit geraubte Ständetheater entgültig beendet. Die Entschädigungssumme, die bis Ende des Jahres 1923 berechnet wurde, soll nach der Information dieses Blattes 14 Millionen Kronen betragen. — Das halbamtliche „Prager Abendblatt“ berichtet zu der von der „Bohemia“ gebrachten Meldung, daß der Ministerat in seiner letzten Sitzung den seinerzeit mit Direktor Kramer geschlossenen Vertrag betreffend des Landes-theaters (Ständetheater) genehmigt hat: Der Ministerat hat zu den Vereinbarungen zwischen dem Landesverwaltungsanschuß und der Paritätskommission nur insofern Zustimmung genommen, als es sich um die

Einstellung einer Post in das Budget des Schulministeriums handelt. Der Staat als solcher hat keinerlei Ersatz- oder Entschädigungspflicht. Das Land Böhmen zählt an das deutsche Landestheater eine Jahressubvention von 817.000 K. Nachdem jedoch bei den kommissionellen Verhandlungen festgestellt wurde, daß die Jahressumme, welche Direktor Reamer beantragt, 2.197.800 K ausmacht, zählt das Schulministerium 1.380.000 K zur Subvention zu. Die Einstellung dieses Betrages in den Voranschlag wurde nun vom Ministerrat genehmigt.

Wiederum eine „Billigung des Kasin-Attentates“. Der Drechsler Franz Bauer, der in Prag-Brsovic bei einer Frau Vima wohnt, hat am 5. Jänner bei einem Gespräch über das Attentat in der Wohnung der Vima zum Ehepaar Pichler gesagt: „So ist es gut! Der Bursche war dumm, daß er so schlecht getroffen hat.“ Gegen Bauer wurde die Anklage wegen Verbrechens nach § 305 erhoben. Bei der gestrigen Verhandlung erklärte Bauer, daß seine ersten Worte der Frau Vima gegolten hätten, die ihm mitteilte, daß sie für ihn sein Leibgericht als Nachtmahl vorbereitet habe. Demgegenüber behaupteten jedoch das Ehepaar Pichler und noch ein Zeuge, daß Bauer seinen Ausdruck in einem das Attentat billigenden Sinne getan habe. Bauer, der dann weiter versicherte, daß er immer politische Attentate verurteilt habe, wurde zu sechs Wochen schweren Kerker verurteilt. Der Staatsanwalt ließ während der Verhandlung einige Zeugen, die widersprechende Aussagen machten, wegen Verdachtes der falschen Zeugenaussage dem Untersuchungsrichter vorführen.

Die deutsche Universität im Sommersemester. Durch die Neuregelung des Studienjahres fallen die Osterferien der deutschen Hochschulen, die sonst das Wintersemester abschließen, schon in das im Laufe befindliche Sommersemester. Die Inskriptionen sind größtenteils abgeschlossen, und es sind nur noch Zugänge von anderen Universitäten, an denen das Studienjahr anders eingeteilt ist, als bei uns, welche bis zum Beginn der Vorlesungen im April ihre Inskription bewerkstelligt haben müssen, falls nicht das Sommersemester verloren sein soll. Bis zum gestrigen Tage waren für das Sommersemester eingeschrieben an der theologischen Fakultät: 30 ordentl., 1 außerord. Hörer, zusammen 31 (Wintersemester 31); an der juristischen: 784 ord. (771 Männer, 13 Frauen) und 20 außerord. (16 M., 4 Fr.), zusammen 804 (gegen 869 im Wintersemester); an der medizinischen: 1091 ord. (967 M., 124 Fr.) und 13 außerord. (13 Männer), zusammen 1104 (gegen 1278 im Wintersemester); an der philosophischen: 263 ord. (217 M., 46 Fr.) und 126 außerord. (93 M., 13 Fr.), zusammen 389 (gegen 491 im Wintersemester); an der naturwissenschaftlichen: 314 ord. (274 M., 40 Fr.) und 108 außerord. (92 M., 16 Fr.), zusammen 422 (gegen 420 im Wintersemester). Insgesamt sind also für das Sommersemester bisher inskribiert 2750 Studierende (gegen 3093 im Wintersemester). Das Minus von 343 Studierenden resultiert aus den Promovierten, Absolvierten und solchen, die das Sommersemester zum Studium an einer ausländischen Universität verwenden. Der Staatszugehörigkeit nach sind 2625 Inländer und 125 Ausländer.

Grenzregime der Tscheta in Georgien. Das georgische Pressebureau teilt mit, daß nach den aus Georgien eingetroffenen Nachrichten dort ein wahres Schreckensregime herrscht. Kürzlich wurden 200 Personen fusiliert. Ihre Leichen blieben mehrere Tage auf den Straßen liegen. Die von der Tscheta Verhafteten haben schreckliche Folterungen zu ertragen. Die Gefangenen des Gefängnisses Metechi in Tiflis sind in den Hungerstreik getreten, zum Zeichen des Protestes gegen diese Barbarei. Zahlreiche Dörfer sind verbrannt worden. Tausende von Bewohnern, darunter Frauen und Kinder, wurden als Geiseln festgenommen. Die Bevölkerung flüchtet in die Wälder. Das Völkchen in Georgien wird offiziell mit der Bekämpfung des Räuberunwesens begründet. Wie aber aus einer Bekanntmachung der Tscheta Georgiens in einem kommunistischen Organ ersichtlich ist,

handelt es sich bei den Räublerzügen auch um „Konterrevolutionäre“ und um Geiseln. Der „Sozialistische Bote“, das Auslandsorgan der Sozialdemokratie Russlands, berichtet dazu: „Da unsere Partei ebenfalls der „Konterrevolution“ eingereicht ist, so besteht kein Zweifel, daß man unter der Flagge des Kampfes gegen den Banditismus die bestialische Vernichtung unserer georgischen Genossen vorbereitet. Die ersten Opfer sind bereits gefallen. Unter den 92 in Tiflis Erschossenen befinden sich einige Mitglieder der Georgischen Sozialdemokratischen Partei und unter den in Batum Erschossenen wird ein bekannter Führer unserer Partei Alif Gogua dse genannt.“

Massenandrang und Mädchenhandel in Deutschland. Der „Sozialdemokratische Pressebienst“ schreibt: Die ungeheure Not, unter der weite Kreise des deutschen Volkes leiden, lastet ganz besonders auf dem weiblichen Teile der Bevölkerung. Verbunden mit dem durch die Kriegsopfer erhöhten Frauenüberfluß und der dadurch bedingten Unmöglichkeit für einen großen Prozentsatz der Frauen, sich zu verheiraten, hat diese Not zu Erscheinungen geführt, die sogar die Aufmerksamkeit des Völkerbundes auf sich gelenkt haben. Eine Massenwanderung weiblicher Arbeitskräfte aus Deutschland, besonders in die benachbarten hochvalutarischen Länder, und zahlreiche Fälle von Mädchenhandel, dem gerade deutsche Mädchen in den letzten Jahren zum Opfer fallen, hat den Völkerbund zu Erhebungen über diese traurige Kriegsfolgeerscheinung veranlaßt. Dabei hat er u. a. festgestellt, daß in wenigen Monaten allein über 90.000 junge deutsche Mädchen in Holland Stellung, meist als Hausangestellte, angenommen haben, vielfach in der Hoffnung, aufgrund des hohen Standes des holländischen Geldes sich Ersparnisse sammeln und die Voraussetzung für eine Verheiratung schaffen zu können. Dabei gab es allerdings viel schwere Enttäuschungen, weil die Bezahlung deutscher Mädchen bei dem hohen Angebot sehr schlecht ist und die Lebenshaltung im Auslande den Stand der eigenen Wohnung angepaßt und sehr teuer ist. Viel trauriger ist aber die Tatsache, daß allein in der Zeit von November 1919 bis zum Mai 1921, also in einundhalb Jahren, mehr als 3700 deutsche Mädchen in öffentliche Häuser nicht nur Europas, sondern vor allem auch der neuen Welt, geraten sind. Hier ist es besonders Südamerika, und in Europa sind es die Balkanstaaten, in denen deutsche Mädchen die Verdelle füllen. Zur Fälschung und Abstellung dieser bedenklichen Erscheinung der Annahme des Mädchenhandels tritt am 25. März in Genf, dem Sitze des Völkerbundes, eine besondere Kommission zusammen, die bereits vor Jahresfrist Fragebogen an alle Länder verickt hat, um dadurch die Grundlagen für die internationale soziale Fürsorge und Abwehrmaßnahmen auf diesem Gebiete zu bekommen. Im Juni letzten Jahres hatte die Kommission in einer Sitzung beschlossen, auch an Deutschland und Amerika, die Großmächte, die nicht im Völkerbund vertreten sind, das Ersuchen zu richten, einen Vertreter für die Kommission zu ernennen. Der Völkerbundrat ist diesem Beschlusse beigetreten, und Deutschland wird voranschichtlich als Vertreter den Präsidenten Jung des deutschen Nationalkomitees zur Bekämpfung des Mädchenhandels ernennen. Die hohen Kosten, die sich zurzeit für einen Aufenthalt von drei Tagen in Genf auf rund eine Million Mark belaufen würden, machen es allerdings der Regierung und dem Nationalkomitee unmöglich, sich schon bei der jetzigen Tagung persönlich vertreten zu lassen. Sachlich wird jedoch Deutschland, entsprechend dem großen Interesse, das die dort behandelten Fragen in der Nachkriegszeit für das deutsche Volk bekommen haben, mit dieser Kommission zusammenarbeiten.

Der Bevölkerungszuwachs in der Periode 1910 bis 1920. Das Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr an der Universität Kiel stellte eine Statistik über die Fläche und Bevölkerung der einzelnen Länder der Erde zusammen, der wir

folgende interessante Daten entnehmen: Unter den großen imperialistischen Staaten hat die Bevölkerung der Vereinigten Staaten am bedeutendsten (um 15 Prozent) zugenommen. Ihre Zahl betrug 1910 = 91, 1920 = 105 Millionen auf einer Fläche von 7,8 Millionen Quadratkilometer. Der Union folgt Japan, dessen Bevölkerung um 8,8 Prozent zunahm auf einer Fläche von 382.400 Quadratkilometern (51,4 : 1910, 55,9 : 1920). Japan erweiterte seine Fläche durch die Besetzung Formosas und Koreas um 66 Prozent. Frankreichs Bevölkerungszuwachs steht an dritter Stelle, er beträgt 8,8 Proz., auf dem alten Gebiet ohne Elsass-Lothringen (1910 = 34,67 Millionen, 1920 = 37,5 Millionen). Die italienische Bevölkerungszahl 1920 ist um 7,5 Prozent höher als 1910 (37,2 gegenüber 34,6 Millionen auf dem alten Gebiet von 286.600 Quadratkilometern). — Großbritanniens Bevölkerungszuwachs betrug nur 4,4 Prozent (ohne die Kolonien). Ihre Zahl betrug 1910 = 45,37, 1920 = 47,4 Millionen auf einer Fläche von 314.500 Quadratkilometern. Der geringste war der Bevölkerungszuwachs Deutschlands, der auf dem jetzigen Gebiet 2,4 Prozent betrug (59,86 Millionen 1919 gegen 58,45 Millionen 1910). Diese Ziffern geben allerdings nur rohe Vergleichsgrundlagen ab, da in der Aufstellung die natürliche Vermehrung von der Zuwanderung nicht getrennt ist. Es ist z. B. anzunehmen, daß in Japan, ja sogar in den Vereinigten Staaten (sobwohl dort die Einwanderung bis 1917 eine sehr wichtige Quelle des Bevölkerungszuwachses war) die natürliche Vermehrung einen größeren Anteil an dem Wachstum der Bevölkerung hat, wie in Frankreich und Italien, wo die Vermehrung eher auf Rückwanderung oder Einwanderung zurückzuführen ist. Wie schon im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts, zeigt die Bevölkerung der tropischen Länder, in denen die Bevölkerungsdichtigkeit noch gering ist, auch im zweiten eine starke Zunahme. Besonders stark nahm die Bevölkerung Südamerikas zu (um 24,5 Proz., in erster Reihe Brasilien um 25 Proz.). Auch die englischen Kronkolonien beböckerten sich in rasch zunehmendem Maße (Kanada, Australien um 22 Proz., Südafrikanische Union 17 Proz., Ägypten 8,5 Proz.). Die zwei dichtbelebtesten Riesenreiche der Erde, Britisch-Indien und China, zeigten dagegen einen ganz unbedeutenden Bevölkerungszuwachs (1,3 bzw. 0,6 Proz.).

Eine Arbeitergartenstadt in Belgien. Die Wohnungsnot ist eine der internationalen Nachkriegsercheinungen, unter denen alle Länder Europas zu leiden haben. Da der Kapitalismus nicht imstande ist, das Wohnungsproblem einer Lösung zuzuführen, versucht man es jetzt mehr und mehr, auch im Ausland, mit gemeinnützigen Baugenossenschaften. So hat sich zum Beispiel auch in Mecheln (Belgien) aus den Arbeitern und Angehörigen des dortigen Arsenal eine Baugenossenschaft gebildet, die auf einem Gelände von rund 15 Hektar eine Gartenstadt von 500 Häusern errichten will. Das erste Los, 148 Wohnungen umfassend, ist jetzt vergeben worden.

Die soziale Vertiefung der Hauptstadt Prag erteilt täglich in ihren Räumlichkeiten auf dem Kleinen Ring von 8 bis 2 Uhr unentgeltliche Auskünfte in Fragen, die die soziale Fürsorge betreffen.

Zur Beachtung für Auswanderer nach Amerika. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika sind vom 1. Juli dieses Jahres für tschechoslowakische Auswanderer wieder geöffnet. Die Auswanderer werden im Hinblick auf die amerikanischen Abperrvorschriften darauf aufmerksam gemacht, daß sie sich erst über Aufforderung des Ministeriums für soziale Fürsorge auf die Reise begeben sollen. Damit auch diejenigen, die Pässe für die Vereinigten Staaten haben, vom Ministerium für soziale Fürsorge verständigigt werden können, werden sie aufgefordert, ihre Pässe bis längstens 1. April den zuständigen Beamten samt einer ausführlichen Adresse vorzulegen. Wer den Paß bis zum 1. April nicht vorlegt, wird vom Ministerium für soziale Fürsorge nicht aufgefordert werden und kann daher unter keinen Umständen abreisen.

### Die Minoritätenhege in Polen.

Zwischen Polen und Deutschland besteht eine Meinungsverschiedenheit darüber, inwieweit Polen auf Grund des Versailler Vertrages berechtigt ist, den Besitz ehemaliger deutscher Ansiedler im heutigen Polen zu konfiszieren. Wiederholt ist diese Frage vor dem Völkerbund erörtert worden, der sich in wesentlichen Punkten gegen Polen entschieden hat. Die polnische Regierung hat daraufhin die Zuständigkeit des Völkerbundes angezweifelt, und dieser hat als Antwort dem Internationalen Schiedsgericht in Haag die Frage zur Entscheidung vorgelegt, ob Polen verpflichtet sei, sich dem Spruch des Völkerbundes in dieser Angelegenheit zu fügen. Die Entscheidung des Schiedsgerichts wird für April erwartet. Den deutschen Ansiedlern ist damit freilich wenig geholfen. Die polnische Regierung hat es abgelehnt, ihre Maßnahmen gegen die Ansiedler weiter aufzuziehen, und die chauvinistische Hege der polnischen Nationaldemokratie, die der Regierung eine schwächliche Haltung in dieser Frage vorwirft, kennzeichnet die Situation. Vor wenigen Tagen hat der polnische Sejm mit den Stimmen aller polnischen Parteien eine Resolution angenommen, die von der Regierung fordert, daß sie auf ihre Rechte aus dem Versailler Vertrag den Ansiedlern gegenüber nicht verzichte, während ein Antrag der Deutschen, in dieser Frage gemäß dem Versailler Vertrag, dem Winderheitsanspruch übertrag und der Verfassung zu verfahren, abgelehnt wurde! Im Jänner bereits hat ferner der polnische Delegierte beim Völkerbund diesem eine lange Denkschrift überreicht, die ein Verfahren bei der Entgegennahme von Beschwerden aus Kreisen der Minderheiten vorschlägt, das tatsächlich eine Mundtotmachung der Minderheiten vor dem Völkerbund bezweckt. Polen treibt heute in seinen West- wie in seinen Ostmarken eine Politik der Unterdrückung und Vergewaltigung der ansässigen Minderheiten, die der früheren preußischen an Brutalität nichts nachgibt. Was das Endergebnis derartiger Politik ist, hätte Polen am deutschen Beispiel lernen können. Wenn die Nationaldemokratie in Polen gerade jetzt in der Ansiedlerfrage heftig, so verfolgt sie zugleich einen doppelten Nebenwed: Sie will einerseits die Position der ihr nicht genehmen Regierung erschweren, andererseits die deutsch-polnischen Verhandlungen in Dresden sprengen. Vielleicht gelingt ihr das letztere. Es wäre Polens Schade: aber was fragen Chauvinisten nach dem Wohl des Ganzen?

### Telegramme.

#### Die passive Resistenz der Wiener Postler eingestellt.

Wien, 24. März. (Eigenbericht.) Die Besprechungen, die heute zwischen dem Aktionskomitee der Postler und dem Bundeskanzler geführt wurden, haben zu einer vollständigen Einigung geführt. Am Montag sollen die sachlichen Verhandlungen beginnen, die Dienstag beendet sein müssen. Die Grundlagen der Verhandlungen wurden bei den heutigen Beratungen festgestellt und enthalten folgende Punkte: Der Plan, weitere Einschränkungen in der Ausgabe von Regielarten ab 15. April eintreten zu lassen, wurde von der Regierung reiflos aufgegeben. Die Verhandlungen werden nach einer vorher festgesetzten Methode in der Richtung geführt werden, daß eine Anzahl von verbilligten Fahrkarten (etwa 30 Prozent) den Angestellten zugewilligt werden. Der Bundeskanzler Seibel sagte dem Aktionskomitee zu, daß er, sollten sich bei den Verhandlungen Schwierigkeiten ergeben, bereit sei, persönlich an der Beseitigung dieser Schwierigkeiten mitzuwirken. Ferner wurde dem Aktionskomitee zugesagt, daß das Mitbestimmungsrecht der Personalvertretung in den Fällen anerkannt wird, wo es sich nicht um Angelegenheiten der Postverwaltung, sondern um solche des Verkehrs- und Finanzministeriums handelt. Das Aktionskomitee beschloß auf Grund dieser Zusicherungen, die passive Resistenz einzustellen und um 4 Uhr nachmittags lehnte die normale Arbeit wieder ein.

#### Antifemistische Auschreitungen in Bukarest.

Bukarest, 24. März. Nach kurzer Pause haben sich hier die antifemistischen Ausschreitungen neuerdings wiederholt. Nach einer gestern abends stattgefundenen Studentenversammlung begab sich eine Menge von einigen hundert Studenten zum Theater „Eforia“, wo eine jüdische Theatergesellschaft im Jargon spielt. Die Studenten drangen in den Saal, vertrieben die Zuschauer und bereiteten die Vorstellung. Bei den sich ergebenden Zusammenstößen wurden einige Personen verprügelt und Fenster zertrümmert. Die herbeigeeilte Gendarmerie verdrängte die Manifestanten, welche jedoch vor einige Restaurationslokalen und Kaffehäuser zogen, wo sie die jüdischen Gäste zum Verlassen des Lokales zwangen. Die Ausschreitungen endeten erst nach Mitternacht auf Einschreiten der Polizeibehörden. Da die Situation in der Studentenschaft bisher nicht geklärt ist, bleibt die heftige Universität bis auf weiteres geschlossen. Die Prüfungen und Laboratoriumsarbeiten nehmen ungestört ihren Fortgang.

### Der Reichstag der Vögel.

Eine Fabel von Theodor Ebel.  
Als einst die wilden Vögel unter dem Vorsitz des Buntspechts vor des Adlers Thron versammelt waren, erhoben die Drosseln Klage über den Menschen:  
Wir stellen den Antrag: Das ganze Volk der Vögel möge sich gegen den Menschen erheben und ihn vernichten. Denn obgleich wir dem Menschen niemals einen Schaden zugefügt haben, hängt er im Walde Schlingen mit Eichelbeeren auf, um uns arme Vögel zu fangen, zu mordern, zu freßen.  
Die Finken: Ihr irrt euch, es sind nicht Schlingen, mit denen er uns Vögel fängt, sondern Nuten, die er mit Leim bestreicht. Auch frisst er uns nicht auf, sondern speert uns in Käfige, damit wir ihm singen sollen.  
Die Rebhühner: Nicht doch, er frisst uns! Aber er verfolgt uns Vögel nicht mit Schlingen, auch nicht mit Leimruten, sondern mit tobbringenden Knallrohren.  
Die Finken: Der Wahrheit die Ehre! Er tötet uns nicht! Er verfolgt uns mit Leimruten und beraubt uns der Freiheit.  
Die Drosseln: Wir wissen besser! Er mordet uns in Schlingen.  
Die Rebhühner: Zum Teufel! Er tötet uns mit Knallrohren.  
Der Buntspecht (hämmernd): Laßt uns nicht streiten, sondern einig werden. Das eine steht also jedenfalls fest: der Mensch ist unser grausamster Feind, der uns — — —

Die Drosseln und Rebhühner: — tötet!  
Die Finken: — einsperret!  
Der Buntspecht (hämmernd): Ruhe! Ich konstatiere nochmals: der Mensch ist unser grausamster Feind — —  
Die Zaunkönige: Wir protestieren! Der Mensch verfolgt uns Vögel nicht. Er kümmert sich nicht im geringsten um uns. (Große Unruhe.)  
Die Krähen: Gemeine Lüge! (Lauter Beifall.) Er kümmert sich sehr wohl um uns. Er sorgt für uns als bester Freund.  
Die Drosseln, Finken und Rebhühner: Berrückte Behauptung! — Beweis!  
Die Krähen: Er kommt aufs Feld heraus und hebt für uns mit dem Pflug die Würmer und Engerlinge aus dem tiefen Boden empor. Im Schweiße seines Angesichtes ernährt er uns.  
Die Schwalben: Unsinn! Er ernährt uns nicht! Dagegen baut er Häuser, damit wir Vögel unter sicherem Dache sorglos nisten können — unter des guten Menschen Schutz.  
Die Späken: Nein! Er schützt uns nicht, doch ernährt er uns. Aber nicht, wie die Krähen irtümlich sagen, mit Würmern und Engerlingen, sondern mit fruchtbaren Weizenähren, die er für uns Vögel großzieht.  
Die Schwalben: Ihr irrt euch: er gibt uns Schutz, nicht Speise.  
Die Späken (heftig): Schweigt! Wir wissen es besser. Er schützt uns nicht, doch ernährt er uns mit den besten Körnern.  
Die Krähen (wütend): Zum Donnerwetter, nein! mit Würmern!

Der Buntspecht (hämmernd): Ich bitte um Ruhe! — Das eine steht also jedenfalls fest: der Mensch ist unser bester Freund, der uns —  
Die Schwalben: — Schutz gewährt!  
Die Krähen und Späken: — Speise gibt!  
Der Buntspecht (wiederholend): Der Mensch ist unser —  
Die Finken und Rebhühner: — schlimmster Feind! —  
Die Krähen und Schwalben: — bester Freund!  
Die Drosseln: Der Mensch ist ein Scheusal!  
Die Späken: Gemeinheit! — Er ist unser Wohlthäter!  
Die Zaunkönige: Ihr seid ja allesamt verrückt. (Furchtbarer Tumult. Allgemeine Rauserei.)  
Der Buntspecht (dämmert heftig): Silentium! — Silentium! Ich rufe euch alle zur Ordnung!  
Die Zaunkönige (fliegen unter Protest davon).  
Der Buntspecht (nachdem die Ruhe wieder hergestellt ist): Da Stimmengleichheit vorliegt, gilt der Antrag der Drosseln für abgelehnt. Ich schließe die Sitzung.  
Der Adler: Gut so! Wir dürfen immerhin nicht vergessen, daß wir den Menschen für eins zu großem Dank verpflichtet sind, — wir haben von ihnen gelernt, Reichs, ag zu halten, das heißt: zum Wohle der Gesamtheit alle persönlichen Interessen — mit Nachdruck zu vertreten.

# Industrie.

Von Roba Roba.

Wie anders war es doch in alter Zeit!  
Mit tiefer Wehmut gedenke ich noch heute eines traulichen Familienbildes. Es war am Vorabend der Hinzrichtung unseres seligen Großvaters. Großpapachen, damals noch ein gar rustiger Herr, sah, mit einem gestickten Hauskippchen auf dem Haupt, über der „Morgenzeitung“, Großmamachen las einen Roman von der Luise Mühlbach. Dazwischen rauchte seine schwarz-rot-goldene Pfeife, und Mutterchen — sie hatte sich kurz vorher verlobt — Mutterchen strickte ein paar weiße Winterschuhe für ihren Bräutigam. — In der friedlichen Runde aber kreiste die Lichtpuffschere, und alle weitesterten im Schenken der anheimelnd flackernden Kerze. Damals brannte man ja nur Talglampen.

Seitdem sind viele, viele Jahre vergangen. Die Technik ist bis in die innerste Häuslichkeit gedrungen — man brennt heute Gas oder Elektrizität.

Wir hatten in unsere alte Wohnung Gas einziehen lassen, aber Großmama wurde nie den Gedanken los, daß es nach Ziegenbock stinke. Elektrizität wieder, das kostet eine Menge Geld, wenn man noch nicht darauf eingerichtet ist und man hört auch so viel von Kurzschlüssen.

Da las Großpapachen in der „Morgenzeitung“ von der Spektral-Multiplex-Bisform-Lampe, und auch im Kraufener Kalender war sie rühmend erwähnt — als etwas wirklich Gedeigenes.

Zufällig sah ich bei Veer u. Co. im Schaufenster eine Multiplex-Bisform brennen und fand das Licht ruhig und sehr hell.

Am nächsten Abend nahm ich meine Käthe mit. Wir sahen uns beide das Ding an, sie konnte auch nicht viel dagegen einwenden — (obwohl sie sonst gegen alles Einwände findet!) — sie war nur mißtrauisch, weil die Lampe patentiert war. Aber es ist doch einfach töricht, eine Lampe, nur weil sie patentiert ist, für schlecht zu halten.

Wir besprachen also die Sache zu Hause. Großpapa, der sehr modern denkt — vielleicht am modernsten von uns allen — Großpapachen war dafür, daß ich zu Veer u. Co. fragen gehen sollte: erstens wieviel Petroleum die Lampe brauche, zweitens, wieviel sie koste und drittens wegen ihrer Garantie auf ein Jahr. Aber schriftlich — das schärft mir Großpapachen ein.

Bei Veer u. Co. traf ich einen Kommissar, einen sehr geläufigen jungen Mann. Er fragte mich, ob ich einen Spektral-Multiplex-Bisform-Löscher haben wolle — oder eine Spektral-Multiplex-Bisform-Lampe.

Ich sagte: eine Lampe.  
Er brachte sie herbei und zündete sie an. Und sprach:

„Unsere von allen europäischen Höfen und den höchsten Fürstlichkeiten durch lobende Anerkennungen ausgezeichnete Spektral-Multiplex-Bisform-Lampe hat ihren Namen daher, daß die Flamme, wie Sie sehen, in Form eines griechischen Vi. brennt. Man kann sie auf acht Kerzenstärken einstellen — wie jetzt — für Gesellschaften bis zu fünf Personen; oder — so — auf neun Kerzen — für elf Personen, darunter auch Kinder; oder — durch diesen Hebeldruck — auf dreizehneinhalb Kerzen — für Hochzeiten und andere größere Männlichkeiten. Die Tabelle geben wir kostenlos bei. — Die Lampe wird mit Spektralöl gefüllt und führen wir selbes gleichfalls. Das Spektralöl ist von uns erfunden und wird eigens für unsere wertigen Kunden erzeugt; es kostet zwar um fünf Kronen per Tonne mehr als das beste im Handel befindliche Petroleum, hat aber auch einen um 21,5 Prozent höheren Feingehalt an ölchemischen Bestandteilen. Die Multiplex-Bisform verbraucht davon in einer englischen Stunde je nach der Kerzenstärke für dreizehn bis neunzehn Stunden Heller, wodurch sich zwar das Liter Spektralöl in der Anschaffung ein für allemal etwas höher stellt, jedoch im Gebrauche wesentliche Ersparnisse im Gefolge hat. Hierfür garantieren wir, und legen wir die Tabelle hierzu gleichfalls kostenlos bei. — Die Lampe selbst berechnen wir Ihnen äußerst mit 23 Kronen 70 Heller netto, ab hier, und lassen wir schriftlich bis zur Ueberstellung ins Haus.“

„Wo kaufte ich eine Lampe samt allen notwendigen Nebenbestandteilen.“

„Wünschen auch einen Spektral-Multiplex-Bisform-Öhrenschieber? — Nein? — Aber einen Spektral-Multiplex-Bisform-Löscher empfehle ich Ihnen unbedingt.“

„Nein“, sagte ich: „wozu brauche ich einen Spektral-Multiplex-Bisform-Löscher?“

„Na, Sie werden schon sehen.“

Am dritten Abend sahen wir wieder gemütlich beisammen — Großpapa mit seiner „Morgenzeitung“ und Onkel Kaspar mit seiner Pfeife — da sprach meine Käthe:

„Sieh nur, die Lampe geht aus.“

Ich rüttelte sie — sie war gefüllt. Ich holte die Tabelle, stellte die Lampe auf sechs Personen und drei Kinder ein — sie blähte.

„Vielleicht ist das Multiplex zu stark erregt“, sagte Onkel Kaspar — und ich tat ein anderes Multiplex an die Bisform. — Aus der Lampe hörte man es jorrig brausen und die Flamme fuhr wie eine Schlange aus dem Zylinder.

„Am besten wäre, die Lampe auszulöschen.“

„A — ja, löschen wir sie aus!“

Und ich blies. Anfangs ich allein. Dann Onkel Kaspar, Käthe und sämtliche Kinder. Wir bliesen zuerst ungerne und dann auf Kommando. Der Gouvernante flog der Puder vom Gesicht

# Der Hausjude des Herrn Hitler.

## Der Brünner Jude Jakob Munt als Helfershelfer der putschlisternen Münchener Halenkrenzler.

Vor einigen Tagen haben wir die Aeußerung eines reichsdeutschen Halenkrenzlers wiedergegeben, daß dieser gegen die Deutsche Nationalen die Anklage erhebt, daß sie und ihre Presse verjudet seien. Die Halenkrenzler nehmen für sich den „Ruhm“ in Anspruch, daß sie allein Konsequenz nicht nur propagieren, sondern auch — wie ja selbstverständlich — in ihrer Partei und in ihren politischen Aktionen durchzuführen. Man wäre auch versucht anzunehmen, daß die Halenkrenzler, deren „Hepp, Hepp“-Geschrei doch die lauteste Kundgebung ihres politischen Bekenntnisses ist, es wenigstens mit dem Judenpunkt ernst meinen, wenn man nicht im Laufe der Zeit gelernt hätte, daß bei den deutschen Faschisten alles Phrasen ist. Wir haben ja schon vor längerer Zeit festgestellt, daß die bairischen Halenkrenzler mit Millionen Geldern vom bairischen Industriellenverband unterstützt werden, und es wird daher trotz aller Kuriosität nicht einmal besonders wundernehmen, daß sich Herr Hitler und die Seinen ihre Geschäfte von einem Juden besorgen lassen.

Am 10. März dieses Jahres haben wir gemeldet, daß in dem aufgedeckten Putschplan der bairischen Monarchisten und Halenkrenzler auch ein Kohlenhändler namens Munt verwickelt war, der Tschechoslowakei ist und die Verhandlungen der Putschisten mit der Tschechoslowakei wegen der Kohlenlieferung an den neu zu bildenden Staat führte. Munt, der Sekretär der bairischen Kohlenhändlerverbandes ist, soll auch die Pläne für Deutschlands Kohlenversorgung an Frankreich ausgeliefert haben.

und ein Jopf aus der Feisur — die Lampe brannte.

Da sah man, wie das Multiplex anfing, von obenher langsam in Rotglut überzugehen. Immer tiefer und tiefer. Jetzt und jetzt mußte die Röte den Lampenkörper erreichen.

Und da — erfolgte ein unbeschreiblicher Knack.

Ich habe jene berühmte Kesselexplosion des Donaudampfers „Radeky“ im Hafen von Preßburg mitgemacht, wo der zweite Maschinist hoch in die Luft flog und die Kunde von dem erschütternden Ereignis als erster nach Brud an der Leitha brachte. Aber ich muß sagen, ich habe zwischen den beiden Explosionen keinen Unterschied bemerkt. Onkel Kaspar wieder, der damals in Preßburg sein Gehör verlor, fand den Knall der Spektral-Multiplex-Bisform-Lampe um eine Nuance lauter.

Unsere Fenster waren auf die Gasse gestossen, und eine Rauchwolke wallte gen Himmel. In der „Morgenzeitung“ stand später: die Rauchwolke wäre fünfzehn Stockwerke hoch gewesen — doch das halte ich für etwas übertrieben. Es brannte der Schreibtisch, es brannte das Fußende von Großpapachens Bett und die warme Säule unter unserer unferer gipfernen Bronzebüste von Dante.

Wir alle saßen noch betäubt — unfähig, uns zu rühren.

Da hört: man's unten rass'n und blasen: die Feuerwehre.

Und eine Vahstimme vor der Tür: „Ist's ein Spektral-Multiplex-Bisform-Brand — oder ein anderer?“

„Eine Bisform.“

„Na, dann heißt's nicht viel!“

Herein trat ein Feuerwehrmann mit einem niedlichen polierten Apparat und richtete einen dünnen Strahl auf die Brandstellen. — Im Nu war alles gelöscht.

Dem Feuerwehrmann auf dem Fuß aber folgte der Kommiss von Veer u. Co. und sprach: „Sie haben hier sechsen den ausgezeichneten Spektral-Multiplex-Bisform-Löscher in Tätigkeit gesehen, und dürfte derselbe Ihr sehr geschätztes Wohlgefallen gefunden haben. Wir erzeugen solchen in zwei Größen: a) für eine bis drei Spektral-Multiplex-Bisform-Lampen — b) in größerer Ausführung für vier und mehr Lampen.“

„Um Himmelswillen“, rief ich, „sind denn eure Lampen geradezu aufs Explodieren eingerichtet?“

Der junge Mann lächelte. „In höflicher Beantwortung Ihrer geschätzten Anfrage“, sagte er, „erlauben wir uns, Ihnen ergebenst mitzuteilen, daß der Hauptartikel unseres mit dreißig Filialen in sämtlichen Ländern und Königreichen vertretenen Welthauses unsere großartigen Spektral-Multiplex-Bisform-Löscher sind. Nur um unseren ausgezeichneten amerikanischen Multiplex-Bisform-Löschern eine weitere Verbreitung zu sichern, erzeugen wir unsere Spektral-Multiplex-Bisform-Lampen und geben wir selbe an Interessenten zum halben Selbstkostenpreis ab.“

# Genossen u. Genossinnen!

## Fördert konsequent die Eigenproduktion unserer Genossenschaften!

Wer ist nun dieser Munt, den sich der frühere bairische Ministerpräsident Kahler, der Monarchist Graf Bothmer und der Faschist Hitler zum Helfershelfer und Mittler ausgesucht haben?

Munt, der auf den Namen Jakob hört, wurde im Brünner Judenviertel geboren. Er wurde Handelsangestellter, nahm — um nach dem Sprachgebrauch der Halenkrenzler zu reden — eine Tochter Israels zur Frau und kam später als Agent der Pester Firma Bieich nach Prag. Dank seiner guten Stellung nahm er dort vornehme Allüren und bessere Kleidung an und verschwand eines Tages nach Amerika — nicht ohne vorher den Kassenschatz seiner Firma um etwa 60.000 Kronen (Goldkronen!) erleichtert zu haben. Nach Ablauf einiger Jahre lehrte der Defraudant von Amerika — wo er mit einer Auslöcherin verfrachtete — nach Europa zurück und siedelte sich in München an. Für den Aufenthalt in dieser Stadt hatte er sich schon vorher durch den Vollzug der Laufe vorbereitet. Während des Krieges wurde dieser notorische Defraudant und Hochstapler Kohlenhändler in München und für seine Tüchtigkeit zengt der Umstand, daß er es inzwischen bis zum Sekretär des bairischen Kohlenhändlerverbandes gebracht hat.

Das ist also in kurzem der Werdegang des Brünner Juden Jakob Munt, den die Tausche zwar in einen Johannes Munt, nicht aber in einen anständigen Menschen verwandeln konnte. Just solche Leute aber brauchen die bairischen Monarchisten, Putschisten und Faschisten, die zwar seinen echten Juden leiden können, aber mit deren Geld und Verbindungen großartig zu spekulieren verstehen.

# Krise und organisatorische Kleinarbeit.

Die schweren Folgen der Wirtschaftskrise wirken auch hemmend auf das Organisationsleben. Besonders hart wird die politische Organisation betroffen. Dieser sucht der Arbeiter in der Zeit der Krise am ehesten die geringste Bedeutung beizumessen. Und doch ist es gerade die Zeit der Wirtschaftskrise, die das Unternehmertum und die politischen Machthaber im Staate ausnützen, um den Arbeitern die schwer erkämpften Erfolge auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete mit brutalen Mitteln zu nehmen. Je schwächer die Organisationen der Arbeiter sind, desto leichtere Arbeit werden die Feinde der Arbeiterklasse haben, um ihre Unterdrückungsbestrebungen mit Erfolg durchzuführen. Daher ist die Instandhaltung der politischen Organisation auch in der Zeit der Krise trotz aller Hemmnisse eine Arbeit, die bestimmt geleistet werden muß. Daher kommt der emsigen Kleinarbeit eine besondere Bedeutung zu.

Die Einwirkungen der Krise auf die politische Organisation äußern sich vor allem darin, daß die politisch weniger gefestigten Mitglieder sich der Organisationsstätigkeit entziehen wollen, daß durch die ständig wachsende Zahl der arbeitslosen Mitglieder die Beiträge spärlich einlaufen, daß die politischen Zeitungen abbestellt werden, die Versammlungen einen schlechten Besuch aufweisen und daß die Vertrauensmänner müde werden, wenn sie sehen, daß auch die Schaar überzeugter Genossen, die immer ihren Mann stellen, allmählich von der Beweisführung indifferenten Massen erariffen wird. Was in der furchtbaren Zeit einer Wirtschaftskrise in der politischen Organisation an Mitgliedern verbleibt, ist eine Auslese wirklich überzeugter und politisch geschulter Arbeiter.

Die Klagen, die über die Lässigkeit der Parteimitglieder oft geführt werden, werden verstanden, wenn die Vertrauensleute sich bemühen, den Ursachen dieser Erscheinung nachzugehen. Oft sind es solche vorbereitete Verhältnisse, die in den Reihen der Parteimitglieder, die in Folge ihrer ungenügenden Vorbereitung einen uninteressanten und manchmal einen andauernden Verlauf nehmen, wodurch den Mitgliedern jedes Interesse an solchen Zusammenkünften genommen wird. Ein Bestreben der organisatorischen Kleinarbeit muß es sein, die Vertrauensleute klar und interessiert zu machen. Sie zu bieten sich vielerlei Möglichkeiten. Die jeweilige politische Situation kann an der Hand des Parteiblattes entsprechend behandelt werden. Die Schulungsarbeit kann einer Fröherung unterzogen werden, ebenso die Anregungen zur Teilnahme einer besseren Gesellschaft. In Versammlungen der Mitglieder, wo nur vorübergehende Besprechungen gehalten werden, wird jedes Interesse für die Aufmerksamkeits der Arbeiter erschlossen. Den Vertrauensleuten der Organisation ist durch Anweisungen, durch Handbücher der Vertrauensleute, durch die Parteiprotokolle, durch die Rundschreiben der Kreise und Bezirke, sowie durch die Anregungen, die von den Aktionsausschüssen kommen, eine Reihe von Hilfen mitteilen, die sie mit Erfolg anwenden sollen. Eine andere Art, um die Vertrauensleute interessant zu machen, besteht darin, daß man Angelegenheiten der Gemeinde in sachlicher Weise bespricht und darüber diskutiert. Ein Herunterleiten von allerhand Berichten, ohne daß sich die Mitglieder darüber in aller Ruhe äußern können, ist für die politische Er-

ziehungsbearbeit wertlos. Auch sozialpolitische Angelegenheiten, sowie auch Fragen des gewerkschaftlichen Kampfes sollten in den Mitgliederversammlungen besprochen werden.

Eine der wichtigsten Aufgaben der organisatorischen Kleinarbeit ist wohl die, der Organisation neue Mitglieder und dem Parteiblatt neue Leser zuzuführen. Diese Werbearbeit ist eine ständige Aufgabe. Die Mitglieder der politischen Organisationen bilden in jedem Orte die proletarische Gemeinde. Diese Gemeinde muß auf ihr Wachstum bedacht sein. Verluste von Mitgliedern müssen durch Neugewinnung wettgemacht werden. Die Agitationsliste, von der so oft auf allen möglichen Tagungen, wo über Organisationsarbeit gesprochen wird, die Rede ist, ist in den meisten Orten nicht eingeführt worden. Die politische Organisation hat eine Reihe ganz bestimmter Arbeiten zu erledigen, für die besonders geeignete Genossen verwendet werden sollen. Die ständige Evidenzhaltung der Wahlerliste, des Mitgliederkatalogs, des Subskriptionsverzeichnisses und der Kolportage sind Arbeiten, die sehr genau durchgeführt werden sollen. Sie bilden die Grundlage für alles systematische Arbeiten im Orte. Die Agitationsliste erobert schon das genaue Adressenmaterial für die Werbearbeit bei einer Werbeaktion.

Die oben angeführten Einrichtungen innerhalb der politischen Organisation sind zur Genüge bekannt. Ihre Ausführung soll nur dem Namen, in der Zeit der Krise diese Einrichtungen besonders zu bemühen. Mit den arbeitslosen Mitgliedern hat die Leitung der Lokalorganisation in ständiger Fühlung zu bleiben. Nachdem die arbeitslosen Beiträge nicht entrichten können, werden sie von den Subskriptoren nicht besucht. Es kommt daher vor, daß sich diese Mitglieder wieder im Indifferentismus verlieren. Es ist daher notwendig, daß zu den Mitgliederversammlungen diese Mitglieder eigens veranlaßt werden müssen. Keine Arbeiter aber, die noch in Arbeit stehen, also die Möglichkeit haben, auch ihre Beiträge zu entrichten, sind realmäßig zu assistieren. Klagen sind sehr schwer einzutreiben. Auch neue Mitglieder können in der Zeit der Krise gewonnen werden. Der in Arbeit stehende indifferente Genossenschaftler oder das Genossenschaftsmitglied, der indifferente Turner, Sänger, Sportler und Angehörige kann als Mitglied für die politische Organisation gewonnen werden. Daß die Zeit der Krise nicht geeignet sei für eine systematische Werbearbeit, ist eine Behauptung, die nicht stichhältig ist. Denn gerade die Krisen- und nationalen Parteien verlieren diese Zeit auszunützen, um Arbeiter für ihre Parteien einzulangen. Die politische Lokalorganisation hat sich mit den übrigen Ortsvereinen in Verbindung zu setzen, um mit ihnen zu beraten, wie es möglich war, die Mitgliederzahl der politischen Organisation zu vermehren.

Durch die Schaffung unserer Bildungsorganisation ist es auch möglich, daß in jedem Orte der gewählte Bildungsreferent in der Lage ist, Bildungsveranstaltungen verschiedener Art zu organisieren. Die politische Organisation ist auch eine Schulungsorganisation. Durch Veranstaltungen von bildenden Vorträgen, Lichtbildervorträgen, durch Errichtung von Büchereien und Veranstaltungen von geselligen Abenden mit ausgearbeitetem Programm kann sehr erfolgreich gewirkt werden. Wenn außerdem Wert darauf gelegt wird, daß man für die Heranbildung von Vertrauensleuten durch die Bezirksbildungsausschüsse Vertrauensmännerkurse veranstaltet, so ist die Gewähr geboten, daß in jedem Orte eine entsprechende Anzahl von Genossen und Genossinnen da sein wird, die alle organisatorische Kleinarbeit mit Erfolg durchführen werden.

Die Zeit der Krise verlangt von allen Vertrauensleuten erhöhten Arbeitseifer. Durch jahrelange, zehntelange, Ausbilden der Organisation haben wir die Mittel und Wege kennen gelernt, die es uns ermöglichen, die politische Organisation der Arbeiter groß und mächtig zu machen. Es gilt nun, auch in der Zeit der Krise alle organisatorischen Erfahrungen auszunützen, um durch die Kleinarbeit in der Organisation und Agitation die Stärke und Schloffertheit der politischen Organisation zu erhalten.

Rudolf Mühl (Leipz.-Schöner).

# Kleine Chronik.

Der schwarze Storch in Schlesien. Im schlesischen Ornithologischen Verein wurde unlängst mitgeteilt, daß im vergangenen Jahre der schwarze Storch an einer Stelle Mittelschlesiens gebrüet und drei Junge herangezogen hat. Damit ist festgestellt, daß dieser seltene Vogel in Schlesien noch immer vorhanden, wenn auch dem völligen Aussterben nahe ist. Vor vier Jahren wurde der schwarze Storch in der Nähe des Röllschwaldes bei Reusatz an der Oder beobachtet. Zu den Gegenden, in denen er sich lange als Brutvogel gehalten hat und noch während der letzten Kriegsjahre anzutreffen war, gehört die nieder-schlesische Weide in den von ihr eingeschlossenen Bruch- und Moorgebieten, besonders auch das Brimtenauer Bruch, wo er lange Zeit verschwunden war, sich aber vor etwa zwölf Jahren wieder einfand. Jeder gibt es immer wieder Schieber, die solche seltene Tiere wegknallen, wie es leider 1912 bei Patschkau geschehen ist. Im Sommer 1911 gab es in ganz Deutschland nur noch etwa 120 Paar schwarze Störche. Der schwarze Storch zeichnet sich durch ein tief-schwarzes, fast graues schimmerndes Gefieder aus und unterscheidet sich vom Hausstorch auch dadurch, daß er die Röhre der Menschen ängstlich meidet und seine Befahrung in tiefer Einsamkeit ausschlägt. Mit am längsten hat er sich als Standvögel in einsamen Tälern der Sächsischen Berge gehalten, ebenso im Gebiet der mittleren und unteren Oder.

**Brand der Effektenbörse in Tokio.** Blättermeldungen aus Tokio zufolge ist die dortige Effektenbörse durch einen Brand zerstört worden.

**Brände.** Aus Rom wird vom 23. d. M. gemeldet: In der Nacht brach in der Telegraphenstraße ein Brand aus, welcher die Säle, in denen sich die telegraphischen Apparate befinden, vernichtete. Die Apparate wurden nicht beschädigt. Der Brand wurde bald gelöscht. Heute früh wird der normale Dienst wieder aufgenommen werden. — Im Reichspalaste in London ist ein Brand ausgebrochen, welcher im südlichen Flügel erheblichen Schaden anrichtete.

## Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

### Für die Gemeinde- und Bezirksbediensteten.

Ein Antrag der Abgeordneten Genossen Grünzner und Taub in der Freitag-Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Den aktiven Bediensteten der Gemeinden und Bezirke, sowie den in den Ruhestand getretenen oder tretenden und deren Witwen und Kindern, wurde bei Zutreffen der gleichen Voraussetzungen wie bei den Staatsbediensteten mit dem Gesetze vom 12. August 1921 der gleiche Anspruch auf Zulagen und im selben Ausmaße zuerkannt, wie diese aus Anlaß der außergewöhnlichen Verhältnisse den Bediensteten des Staates gewährt werden. Dieses Gesetz wurde jedoch, ohne daß es jemals in Kraft gesetzt worden wäre, mit dem Gesetze vom 21. Dezember 1921 ganz unbegründeter Weise wieder aufgehoben. Die Ursache und Gründe, welche im Sommer 1921 sowohl die Regierung, wie auch die Nationalversammlung veranlaßt hatten, zu der unhaltbaren wirtschaftlichen Lage der Gemeinde- und Bezirksbediensteten Stellung zu nehmen und die zur Schaffung dieses Gesetzes führten, waren auch im Zeitpunkt der Aufhebung des Gesetzes im Dezember 1921 noch nicht behoben, sondern bestanden unverändert weiter.

Bei allen bis zu diesem Zeitpunkte erfolgten und auch nachherigen gesetzlichen Gehaltsregelungen blieben die Bezüge der Gemeinde- und Bezirksbediensteten fast vollkommen unberücksichtigt oder sie wurden im Verhältnis zu dem gesteigerten Lebensaufwande und zu jenen Bezügen, die den Staatsbediensteten aus Anlaß der außergewöhnlichen Teuerungsverhältnisse zuerkannt wurden, nur ganz unzulänglich geregelt. So geschah es auch mit dem Gesetze vom 21. Dezember 1921, mit welchem im Paragraph 2 der Absatz IV des Paragraph 11 der Gesetze vom 17. Dezember 1919 und vom Jahre 1920 dahin ergänzt wurde, daß den Gemeinde- und Bezirksbediensteten die bis dahin nach den Bestimmungen des zitierten Absatzes IV des Paragraph 11 des erwähnten Gesetzes 50 Prozent vom Gesamtgehälte betragende Teuerungszulage lediglich auf 100 Prozent erhöht wurde, was bei weitem nicht den Verlust deckte, der den Gemeinde- und Bezirksbediensteten durch die Aufhebung des Gesetzes vom 12. August 1921 zugefügt wurde. Dabei kommt aber noch besonders in Betracht, daß im Sinne des zweiten Absatzes des Paragraph 2 des Gesetzes vom 21. Dezember 1921 die Teuerungszulage nur für das Jahr 1922 100 Prozent vom Gesamtgehälte beträgt, sodas mit Ablauf des Jahres 1922 ab 1. Jänner 1923 ganz automatisch wieder der frühere Zustand wie er nach den Bestimmungen des Absatzes IV des Paragraph 11 des Gesetzes vom 17. Dezember 1919 festgesetzt ist und gegolten hat, eingetreten ist, wonach die Teuerungszulage nur 50 Prozent vom Gesamtgehälte beträgt.

Die Gemeinde- und Bezirksbediensteten erleiden hierdurch einen neuen Schaden an ihren bisherigen Bezügen und sind angefaßt, daß von einer weiteren Verbilligung der Lebenshaltungskosten seit Monaten nicht nur nichts mehr zu verspüren ist, im Gegenteil eine weitere Steigerung aller Bedarfsartikelpreise eingetreten ist, außerstande, mit ihren Bezügen das Auslangen zu finden. Sie erleiden auch ein weiteres Unrecht, das ihnen durch die von der Gesetzgebung unterlassene weitere Erstreckung der Geltungsdauer der Bestimmung des zweiten Absatzes des Paragraph 2 des Gesetzes vom 21. Dezember 1921 zugefügt wird.

Die Regierung hat übrigens bei Erstellung aller bisherigen Gehaltsregulierungs-gesetze nur strengen Bedacht darauf genommen, daß die Dienstbezüge und Rechtsansprüche der Bediensteten der autonomen Körperschaften in keinem Falle das Ausmaß der Bezüge der Staatsbediensteten übersteigen und dort, wo dies der Fall ist, die Bezüge auf dieses Ausmaß herabzusetzen. Dies ist beispielsweise in den Gesetzen vom 21. Dezember 1921 und vom 20. Dezember 1922 der Fall. Diese Gesetze bestimmen, daß die Bezüge der Bediensteten der Bezirke und Gemeinden, insofern sie das sich aus diesen Gesetzen ergebende Ausmaß der einzelnen Gattungen von Bezügen, Rechten und Ansprüchen der Staatsbediensteten gleicher oder gleichwertiger Kategorie und gleicher Familienverhältnisse übersteigen, auf das Ausmaß der Bezüge, Rechte und Ansprüche der Staatsbediensteten gebracht werden müssen. Wenn dieser von der Regierung bisher eingenommene Standpunkt und Grundsatz der Gleichheit der Dienstbezüge, Rechte und Ansprüche der Bediensteten der autonomen Körperschaften mit jenen der Staatsbediensteten allgemein und in seiner Gänze Geltung erlangen soll, wird dies nicht dadurch erreicht, daß die Bezüge und alle sonstigen Ansprüche der Bediensteten der autonomen Körperschaften, wo diese höher sind, auf das Ausmaß jener der Staatsbediensteten herabgesetzt werden, weil es da nichts oder nicht viel herabzusetzen gibt. Es müßten vielmehr sämtliche Bezüge, Rechte und Ansprüche der Bediensteten der autonomen Verwaltungskörper, die zum großen Teil geringer als die der Staatsbediensteten sind, auf das Ausmaß der Bezüge, Rechte und Ansprüche der letzteren hinaufgesetzt werden. Dieser Grundsatz entspricht dem Rechte und der Billigkeit und soll mit einem Gesetzesantrage der Abgeordneten Genossen Grünzner und Taub allgemein zur Geltung gebracht werden, den diese in der Freitagssitzung des Abgeordnetenhauses eingebracht haben.

**Auf wessen Kosten die Mährisch-schlesische Bank saniert werden soll.** Wie der „Venlov“ berichtet, hat unter Vermittlung des Verbandes der Geldinstitute eine Beratung über die Sanierung der Mährisch-schlesischen Bank stattgefunden. Der Verband der Geldinstitute erklärte sich bereit, 165 Millionen Kronen zur Sanierung beizutragen und nun wird noch von den Sparkassen 75 Millionen Kronen, von den Versicherungsanstalten 100 Millionen Kronen verlangt. Es ist also ein Betrag von 340 Millionen Kronen aufzubringen! Wie verlautet, wurde auch an die Pensionsanstalten der Angestellten herangetreten, einen größeren Betrag für die Sanierung der Mährisch-schlesischen Bank zu leisten. Wir glauben aber, daß die Angestellten nicht dazu da sind, um verkrachteten Banken wieder aufzurichten.

**Für die Bemessung der wirtschaftlichen Existenz der Staatsangestellten!** Ein in der Freitagssitzung des Abgeordnetenhauses eingebrachter Antrag der Abgeordneten Genossen Grünzner und Taub besagt: Gesetz bezüglich der außerordentlichen monatlichen Geldzulagen der Zivil- und Militärangestellten und der Angestellten der vom Staate verwalteten Fronde. Die Nationalversammlung der Republik beschließt folgendes Gesetz: § 1. Anfänglich mit 1. April 1923 wird den aktiven Staatsbeamten, Hochschulprofessoren, Richtern, Staatslehrpersonen, Militär- und Gendarmerieoffizieren, sowie den Militärbeamten, Bediensteten der Unterbeamtenkategorie und Bediensteten der Staatsangestellten und aktiven, definitiven Gendarmen und Probegendarmen eine besondere, monatliche Zulage ausgezahlt. § 2. Die außerordentlichen monatlichen Geldzulage wird monatlich im voraus und in folgender Höhe ausgezahlt: In Rangklassen eingeteilten Angestellten: Ledigen 75 Kronen, verheirateten Kinderlosen 100 Kronen, Verheirateten mit 1—3 Kindern 125 Kronen und Verheirateten mit 4 und mehr Kindern 150 Kronen. Den anderen Angestellten: Ledigen 70 Kronen, Verheirateten (Kinderlosen und mit Kindern) 125 Kronen monatlich. § 3. Von diesen Zulagen werden nur jene Beträge ausgezahlt, welche 20 Prozent der einheitlichen Teuerungszulage, die festgelegt ist, mit Gesetz vom 20. Dezember 1922, nicht überschreiten. § 4. Der Aufwand, welcher sich aus der Durchführung dieses Gesetzes ergibt, ist durch die aus der Durchführung des Gesetzes vom 20. Dezember 1922 ergebende Abzüge zu decken. § 5. Mit der Durchführung dieses Gesetzes, dessen Wirksamkeit mit 1. April 1923 beginnt und mit 30. September 1923 endigt, werden alle Mitglieder der Regierung beurlaubt.

**Ständige interministerielle Kommission für Preisabbau.** Wie das Ministerium für Volksernährung mitteilt, hat die Regierung bei diesem Ministerium eine ständige interministerielle Kommission für Preisabbau errichtet. Diese Kommission hat den Zweck, den Preisabbau, der in der zweiten Hälfte des Vorjahres begonnen hat, zu fördern und systematisch auf die Verbilligung aller Verbrauchsartikel hinzuwirken. Die Kommission hat ihre Tätigkeit am 24. März aufgenommen. Bei der ersten Sitzung wurde über verschiedene Fragen, die mit der Verbilligung gewisser Gegenstände zusammenhängen, verhandelt, und zwar besonders über die doppelte Besteuerung ausländischer Fleisches, weiters über die Gefrieranlagen und schließlich über Maßnahmen, die gegen die Verteuerung von Rohleder und Textilwaren getroffen werden sollen. Auch eine Ermäßigung der Arzthonorare und der Medikamentenpreise wurde verhandelt.

**Betriebsauswahlfürwahlen bei den Prager Eisenwerken in Klado.** Die am Freitag stattgefundenen Wahlen in die Betriebsauswählfürwahlen bei den „Prager Eisenwerken“ in Klado hatten nachstehendes Ergebnis: Der kommunistische Verband erhielt von 1822 abgegebenen Stimmen 1086 Stimmen und neun Mandate, die tschechischen Nationalsozialisten 301 Stimmen und zwei Mandate, und die tschechischen Sozialdemokraten 425 Stimmen und drei Mandate.

**Die Betriebsauswahlfürwahlen in der großen chemischen Fabrik in Aushig.** In der Freitagssitzung unseres Blattes berichteten wir, daß die „Gelben“ bei den Betriebsauswahlfürwahlen in der großen chemischen Fabrik in Aushig 179 Stimmen und drei Mandate erhalten hätten. Wie uns nun der Internationale Verband der Arbeiterschaft der chemischen Industrie mitteilt, ist diese Meldung nicht richtig; der Irrtum entstand jedenfalls durch einen Hörfehler bei der telephonischen Aufnahme. Die Gelben haben nämlich wohl 179 Stimmen, aber nicht drei Mandate, sondern bloß ein (!) Mandat erhalten. Die „Gelben“ haben demnach in Aushig nicht eine große, sondern eine vernichtende Niederlage erlitten.

gen. Prachtvoll eifrig und zornig konnte sie sein. Hier war einmal ein würdiger Gegenstand. Bedenken stiegen Ernst gleich auf. Die Mutter glaubte nur einer Macht: dem Geld. Sie betet: zu einem Gott: dem Geld! Geld zu haben, war ihr Sinnen und Trachten stets gewesen. Wer Geld besaß, besaß in den Augen der Mutter von selbst alle menschlichen Tugenden. Er war gut und schön, klug und ein Kind Gottes, ihn zu achten war Pflicht der ärmeren Leute, die kein Geld hatten, und damit auch keine Tugenden.

Ernst predigte der Mutter den Sozialismus. Er bekam den Text mit beißenden Worten an den Kopf geworfen. Ein junger Mensch hätte ordentlich zu sein und zu arbeiten, damit Geld ins Haus kommt. Alles andere ist Unsinn. Sie arbeite nun seit dreißig Jahren, sei nie aus einer Stellung entlassen worden, sondern überall freiwillig gegangen, und denke nicht an den Verband. Das koste nur Geld, trage aber nichts. Wer richtig arbeitet, braucht nicht zu streifen. Einmal im Schuh, war Marias Redefähigkeit nicht zu dämmen. Der Redestrom schlängelte sich in krausen Windungen durch Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, warf wunderliche Blüten und überschwebte das Hirn des Sohnes mit Sand und Geröll.

„Jawohl! Ueberall dreinreden, alles besser wissen, bloß nicht richtig arbeiten. . . Von wem du das nur hast? Von mir gewiß nicht. Ich bin mit vierzehn Jahren in die Fabrik gekommen, und mir kann kein Mensch etwas nachsagen. Gott sei Dank! Ich bin immer ehrlieh durchs Leben gekommen. . . Drum möcht' ich auch einmal richtig begraben werden. Das werd' ich alles schon richten, wie es sein muß. Einen Meiallarsarg muß ich kriegen, gefunnen muß werden. Wer weiß, wie nahe mir mein Ende“ und der Pfarrrer soll eine Leichenrede halten, die den Leuten zeigt, wer man seiner Lebtag gewesen ist. . . Es muß alles richtig und ordentlich werden. Du gehst doch hoffentlich auch hin, damit es nicht heißt, der älteste Sohn hat auf der Beerdigung gefehlt.“

Rein, er gehe auf keinen Fall hin. Ein Rudel Gänse müßten sie auf den Friedhof ziehen. Das wäre billiger und sei noch nicht dageswesen. Zornig und doch erschüttert hatte Ernst gelacht. Diese Sorge um ein richtiges Begräbnis brachte ihm nur Wut und reizte seine Spottlust. Er wollte die Mutter aufreißeln, wollte sie als Kampffährtin gewinnen, und nun mußte er hören, wie sie begraben sein möchte. War das der Gewinn seiner Werbung? War die Mutter wirklich innerlich so fertig, daß ihr nur noch das eigene Begräbnis wichtig und reizvoll erschien, ein Ereignis, das sich doch selbst am wenigsten anging? Sie hätte doch gar nichts davon, ob nun der Sarg so oder so aussehe, ob der oder jener Choral gelungen würde, und ob der Geistliche ihren Lebenslauf auschmücke, der doch wirklich zu elend und simpel sei, andere Menschen anzuspornen. Man lebt doch schließlich nicht, um sich für andere Menschen so unständig begraben zu lassen. Sie selbst werde ja nichts von der ganzen Feierlichkeit sehen und hören. Oho! da sei er aber schwer auf dem Holzweg. Sie hoffe bestimmt, alles mitzumachen. Die grünen, flackernden Augen Marias bohrten, daß ihm unheimlich wurde. Dieser sonderbare Glaube, Galt des eigenen Begräbnisses zu sein, beklemmte Ernst und stellte sich geheimnisvoll zwischen ihn und die Mutter. Sie war doch eine ungewöhnliche Frau, zu Geistersehen und allerhand Fabelwesen geneigt.

Sein Versuch, für den Sozialismus zu werben, war hoffnungslos schlaggeschlagen. Darüber gab es keine Unklarheit. Wenn aber die Mutter nicht stammte, wo sollte dann die Lehre vom Recht des Armen ründen? Ernst grübelte. Wo lag die Ursache dieser Erscheinung? Die sozialistische Volksschaft war doch klar und einfach. Jeder Arme mußte sie verstehen und annehmen. Oder war die Mutter doch nicht arm? Seit Jahren ging

die Sage, sie lege heimlich Geld an. Ganz ungläubhaft klang diese Sage nicht. War Leben und Arbeit in freier Luft schön, wenn Sonne schien, als Nebel stiegen und kalter Regen auf Niesel und Bohlen klatzte, verwünschte Ernst Löhner das Bauhandwerk. Bald gab es Regen- und Frostfeiern, starken Lohnausfall und daher erhöhten Zank. Die Mutter maulte und bombardierte Ernst mit schweelen Blicken, der daheim sah und nichts arbeitete. Er war nicht müßig, doch Schreiben und Lesen galt der Mutter als Flunkerverk, das nichts trug und den Ofen nicht warm machte, davon es getrieben wurde.

Die Bücher stapelten sich um Ernst. Er wühlte tief in fremden Gedanken und Gefühlen, immer noch hoffend, irgendwo gedruckt zu finden, was Leben und Tod ist. Was ihn aber heute anzog, verlor schon morgen die Kraft, ihn zu halten. Ernst rannte von einer Quelle zur anderen, und pumpte sich mit Wissen voll, daß die Weisheit aus allen Poren lief. Aber er fühlte seinem eigenen Gewicht nicht ein Gramm zugelegt und zweifelte am eigenen Zweifel. Warum wollte es nicht vorangehen? Er spannte doch die erprobtesten Werde vor den Karren, kuschelte sechs-spännig auf allen Strahlen des Geistes, und blieb doch wie durch Zauberwort an die Stelle gebannt.

Warum kam ihm die Welt nicht entgegen? Er war bereit, sie festlich zu empfangen. Die dumpfige Stube sah ihn lange über Bücher sitzen. Jede Buchseite wurde in freudiger Erwartung des Wunders gewendet. Sind Bücher nicht Sterne, die finstere Welt zu erhellen? Ein Mensch hat das Licht seiner Seele gesammelt, daß es anderen Menschen den Weg erleuchten soll.

## Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Paris	Schw. Frank	16.05/00
Berlin	Mark	620/50
Wien	ökr. Kr.	2127/00

## Züricher Schlusskurse.

	Gold	Ware
Paris	25.20/00	35.30/00
London	25.38/00	25.40/00
Berlin	0.02.38/00	0.02.61/00
Mailand	28.40/00	28.50/00
Holland	213/25	218/75
Wien	0.00.75/08	0.00.76/0
Brabett.	0.10/00	0.12/00
Basel	18.00/00	18.10/00
New York	5.40/50	5.41/25
Belgrad	5.50/00	5.60/00
Barisgau	0.0.1.12/00	0.0.1.50/00
Wien gelt.	0.00/00	0.00/00

## Literatur.

### Der genossenschaftliche Redner.

Unter diesem Titel ist das erste Verlagswerk des neuen Soc-Verlages in Prag erschienen. Der Verfasser, Dr. Rudolf Bedmann, hat mit Erfolg versucht, den praktisch tätigen Genossenschaftlern in aller Kürze das nötige Wissen zu vermitteln. In welchem Maße ihm das gelungen ist, zeigt ein kurzer Ueberblick über den Inhalt dieses Buches.

Das Vorwort erkennt die Notwendigkeit der Bildungsarbeit, sowie Erziehung der Konsumvereinsmitglieder zu wissenden Genossenschaftlern an und bestätigt, daß nichts praktischer ist als ein wenig Theorie. Allgemeine Winke über Stoffammlung und Redetechnik sollen dem werdenden Redner über die ersten Schwierigkeiten hinweghelfen. Im Thema „Die Konsumgenossenschaft und ihre Bedeutung“ führt uns der Verfasser durch die Geschichte der französischen, englischen, deutschen und österreichischen Bewegung, zeigt uns den gegenwärtigen Stand, spricht über die genossenschaftliche Internationale und erklärt uns Wesen und Vorteile der Konsumgenossenschaft mit sprechenden Beispielen. Er sagt u. a.: „Die Genossenschaftsbewegung gilt der Befreiung des Verbrauchers von der Markthörigkeit, sie organisiert die Produktivwirtschaft, ist das wirtschaftliche Rückgrat des Arbeiters und unterstützt alle Bestrebungen, welche darauf gerichtet sind, die Lebenshaltung und das kulturelle Niveau der Arbeiterklasse zu heben.“ Im Abschnitt „Kapitalbeschaffung“ zeigt der Verfasser neben der technischen Erörterung an Hand der Inbezugnahmen 1922 die Gestaltung des Warenmarktes und gibt praktische Winke für die Finanzgebarung. Selbst die heute so dringende „Verschmelzung der Konsumvereine“ wird in dem Buche gründlich bearbeitet, was umso bemerkenswerter ist, als gerade in dieser Hinsicht die Literatur noch recht arm ist. Besonders interessant ist das Kapitel „Wirtschaftskrise und Genossenschaften“. Der Verfasser schildert uns die Wirkungen des Weltkrieges auf die Produktivkraft der Sieger- und besiegten Staaten, erklärt die Wirtschaftskrisen, insbesondere die tschechische, und listet durch eingehende Erklärungen für den Laien die Schleier von dem Mysterium „Saluto“. Das Thema „Sozialisierung und Genossenschaftsbewegung“ ist ebenfalls sehr wertvoll. „Sozialisierung“ nennt der Verfasser die Ersetzung der privatkapitalistischen Wirtschaft durch die sozialistische, der Profitwirtschaft durch die Bedarfsdeckungswirtschaft, der Bildung durch die Planwirtschaft, der Individualität durch die Gemeinwirtschaft, die Erzeugung und den Austausch von Gütern statt von Waren“. In gesonderter Darstellung behandelt er dann die Sozialisierungspläne Otto Bauers, Otto Reuraths, Walter Rathenaus, Josef Popper-Lynkeus. Nach einer Besprechung sowjetrusischer Verhältnisse macht uns der Verfasser mit den

## Der Held im Schatten.

Roman von Karl Bröger. (30)

### Die zweite Geburt.

Neue Gedanken brannten in Ernst Löhner. Er sah den Himmel, der bisher nur Bahn seines eigenen Glücksterns sein sollte, von großen, herrlichen Sonnen umkreist, denen Lauf und Richtung seines Geschickes anzupassen ist. Ernst suchte Anschluß an das große Heer der kämpfenden Menschheit; er schwur feurig zur Fahne dieses Heeres, holte das anmaßliche Banner seiner persönlichen Kriege ein und rollte es zusammen. Nur eine Fahne sollte über ihm wehen, die Fahne der Zukunft, die Fahne des völkervereinigenden Sozialismus.

Er glühte in der Esse dieser Leidenschaft und trug große, gewalttätige Gebärden zur Schau, sprach nicht viel mehr als vorher auch, wenn er aber sprach, in kurzen, kämpfig gehaltenen Sätzen, die wie Faustschläge waren. Daß sein Kampf der Kampf von Millionen war, beaufachte ihn und füllte seine Brust mit stärkstem Vertrauen. Immer gleich an die äußerste Grenze schreitend, erträumte sich Ernst auch jetzt wieder die Kraft eines Volkskämpfers und nannte sich den Dichter des kämpfenden Volkes, den Seher der Zukunft, den Wegbereiter des Weltteils. Messianische Wünsche geleitet, und jauchzte hoch aus dem Gefühl, Mund dieser Wünsche zu werden.

Wer die Welt umgestalten will, fängt im eigenen Haus an. Ernst versuchte die Kraft seiner Bestimmung daheim. Die Mutter mußte doch Verständnis dafür haben. Dreißig Jahre blickte sie sich schon über die Knüppelmaschine, war krumm und schmal geworden und hatte nur dürftigste Rotbuckst gefüllt. Sie mußte doch ausfälligen in Born und Eifer und der neuen Erkenntnis zustim-

Wesen des „Widerstandes“ bekannt. Schließlich werden noch die Themen „Die Frau und die Genossenschaftsbewegung“, „Unser Verband und unsere Großhandels-Gesellschaft“ erörtert, sowie eine internationale Umfassung einiger Genossenschaftsgesellschaften wiedergegeben. Der Verfasser hat aus begründlichen Gründen eine definitive Stellungnahme zur Neutralitätsfrage vermieden, er zitiert lediglich die Genossenschaftsresolution des internationalen sozialistischen Kongresses in Kopenhagen 1910. Im übrigen betrachtet er die Genossenschaftsbewegung vom Standpunkte des proletarischen Klassenkampfes aus.

Zur Kritik des Buches muß gesagt werden, daß wohl nicht immer alles erschöpfend behandelt wurde, wir vermüssen z. B. den Hinweis auf die Bedeutung genossenschaftlicher Lebens- und Sachversicherungen. Die ganze Arbeit ist gut verständlich geschrieben, nur hin und wieder dürfte unter dem Zwang der Materie, besonders bei den theoretischen Abhandlungen über „Wirtschaftskrise“ und „Sozialismus“, worauf der Verfasser übrigens selbst hinweist, der Ausdruck dem nicht geschulten Genossenschaftler Schwierigkeiten bereiten. Daß er sich aber dadurch verleiten ließe, die gegebenen Dispositionen wörtlich zu übernehmen, davor bewahre ihn die Bemerkung des Verfassers, daß das Buch nicht nur Material für genossenschaftliche Vorträge bringt, sondern daß es auch Lehrbehelf und Anreiz zu eigenem Studium sein will. Zu diesem Zwecke ist jedem Abschnitt eine kleine Reihe leichtfahlicher Schriften angefügt. Demjenigen der sich intensiver mit der Bewegung beschäftigen will, dient das Verzeichnis 66 bedeutender genossenschaftlicher Autoren und ihre Werke am Schluß des Buches.

Zusammenfassend können wir das Buch als tüchtige Arbeit bezeichnen und Genossenschaftlern das Werk anempfehlen. Das Buch darf weder in der Bibliothek des Genossenschaftlers, noch der Genossenschaft fehlen. Auch die der Bewegung fernstehenden, die sich rasch und gründlich über sie orientieren wollen, mögen zu diesem Buche greifen. Der Ladenpreis von 0,80 K für das halbleinengebundene und 8 K für das broschürierte Exemplar (für Konsumvereine nur 0,50 K und 5 K) erlähntliche Umschläger und Porto ermöglichen jedermann die Beschaffung des Werkes, das von der Großhandels-Gesellschaft für Konsumvereine, Prag 2, Higneroos nam. 4, zu beziehen ist. H. W.

Leo Tolstoj. Eine Auswahl für die reifere Jugend. Berlin, W 15, „Neue Gesellschaft.“ Mit diesem von August Scholz überfetzten und von Felix Stühlinger eingeleiteten Bändchen eröffnet der Verlag „Neue Gesellschaft“ eine eigenartige Sammlung von „Jugendbüchern“. In ihnen soll nicht einfach Unterhaltung geboten, die Phantasie müßig beschäftigt oder wohlwollend Belehrung verzapft werden, sondern der heranreifende Jüngling, das heranreifende Mädchen, etwa Menschen zwischen vierzehn und zwanzig Jahren, soll mit der Anschauung eines Kunstwerks zugleich die für eine bessere Menschheitszukunft notwendige Gesinnung in sich aufnehmen. Soll es anders werden, als es heute ist, so muß auch der Seelgrund der Seele im jungen Geschlecht umgedeutet werden, das festverwurzelte Wurzelgeflecht des Altüberliefernten, doch Ueberholten muß aus dem Boden gerissen und der Aker frei gemacht werden für neues Gut. Der auf Grund jahrhundertelanger Erziehung unfehlbar vorhandene seelische Vereinstand der Jugend, die Ideologie des Krieges, der Gewalt, der kapitalistischen und autoritären Gesellschaftsordnung widerstandslos aufzunehmen, muß endlich einmal systematisch entgegengearbeitet werden, Dichter, die sich selbst unter Kämpfen und heißen Kämpfen von dieser Ideologie befreit haben, sind dabei die besten Führer und deshalb geföhrt mit Recht Leo Tolstoj in der „Jugendbücherei der Neuen Gesellschaft“ der Vortritt. Ohne das spezifische Auffische in ihm, das auch in Stühlingers Nachwort noch scharf herausgearbeitet wird, irgendwie verhillt würde, stellt doch die Auswahl das allgemein Menschliche seines Wollens hinreichend und herzerhellend heraus. Das Seelenaufwühlende einer guten Tat, das ewig Göttliche liebevoller Hilfsbereitschaft, das unerfütterliche, nicht durch Reichtum und Macht aufwägbarer Glückseligkeit werfätiger Arbeit werden auch dem Einfachen und Primitiven in den Erzählungen „Unschuldig verurteilt“, „Wo Liebe ist, da ist Gott“ und „Das Märchen von Iwan, dem Narren“ so greifbar, daß sie ihm als Lebensmelodie durch sein weiteres Sein zu gehen vermögen und er ahnend erfährt, was Stühlinger als Sinn von Tolstoj's Lehre darlegt: „Hier in dieser Welt ist die Stätte deines Daseins, deines Glückes. Hier auf dieser Erde, in diesem unserem Leben richte alle Kräfte auf die Erfüllung unserer Lebensaufgabe. Nicht im Leben selbst, sondern in uns liegen die Gründe unserer Unzufriedenheit. Tolstoj gestattet uns nicht, die Verantwortung für unsere Schlichtigkeit auf andere abzuwälzen: auf die Eltern, auf die Schule, auf die Reichen, auf unsere Genußsucht, Eitelkeit oder Armut. Nein, jeder soll, jeder kann besser werden: zuerst im kleinsten Rahmen einer kleinen guten Tat. Aber dieses Samenwort wird aufgehen und eine einzige gute Tat der Anfang eines besseren Lebens werden.“ Wenn einer, so kann Tolstoj, so können die in dem schönen Auswahlbände vereinigten Erzählungen, Aufsätze und Aussprüche solch eine fruchtbare gute Tat durch das gute Beispiel auslösen und deshalb sei das Buch der Jugend und den Erwachsenen als wertvoller Führer wärmstens empfohlen.

„Der Schicksalsjäger.“ Roman von Karl Norbert Rasel. (Verlag Max Hnert in Cassel. 126 S.) Der begabte Brünner Schriftsteller legt uns mit diesem Werk eine autobiographische Erzählung vor. Er schildert die Jugend eines eigenwilligen Einkinders in geschickten Verhältnissen, seine weitere Entwicklung als Jurist in Wien inmitten künstlerisch besessener Jugend, die erste Liebe zu einer anderweitig gebundenen jungen Waleerin aus dem Norden, was alles durch den plötzlichen Tod des Vaters und Ernährers ein jähes Ende findet, die drückende Enge nühsternen Broterwerbes als

Drangler in Berlin und die zweite, bald enttörchte Liebe zu einer schöngeistig bemöhigten Dame, woran Marins Stühlinger zerbricht. Karl Norbert Rasel ist ein geborener feischer Erzähler und hat den richtigen Zug heraus. Begabung verpflichtet auch die Kritik zu aller Offenheit. Drum sei ihm diesmal folgendes gesagt: In dieser schlanken Erzählung — ein Roman ist es nicht — hat er sich leicht gemacht, vielleicht zu leicht. Er müßte sich für wohl vom Herzen schreiben, doch hat er — wie jeder andere — das, was man selbst „erlebt“, überhöht. Das Ganze ist zu „jung“ im Sinne von unausgereift und zu leichtlich „poetisiert“, vergoldet — belibbe nicht verfilbert! —, was den einladendsten Weg zur „Gartenlaube“ ist, den man ihn denn doch nicht gehen lassen will. Gleichwohl sei das Buch allen empfohlen, denen an der Entwicklung sudetendeutschen Schrifttums gelegen ist. Dr. G. G.

Die „Konsumgenossenschaft“ vom 15. März 1928 hat folgenden Inhalt: Die Kulturmission der deutschen Genossenschaftsbewegung in der Tschechoslowakei. Von Emmy Freundlich (Wien). — Heuillaton: Rudolf Bedmann „Der genossenschaftliche Redner“. Besprechung von Hans Wittl. — Die Anfänge der deutschen Genossenschaftsbewegung in der Tschechoslowakei, ein genossenschaftlicher Rückblick von Josef Aron. (Hortierung.) — Konsumantenkammern. Der Urentwurf über die Verbrauchs- und Arbeitskammern. — Nochmals die Frauennarbeit. Von Margarete Goldschmidt (Prag). — Vom Kasse. Zusammenge stellt von Franz Svoise (Prag). — Vom Tage. — Bildungsarbeit: Lagerhalterschulen. Inspektorschule. — Aus den Konsumvereinen. — Ausländische Genossenschaftsbewegung. — Ankündigungen der Konsumvereine. — „Gew.“-Anserat.

### Erziehung und Schule.

#### Die moralischen Grundlagen unseres Mittelschulunterrichts.

(Ein aufrichtiges Wort zur Mittelschulfrage.)

Schon vor dem Weltkrieg wurden in den Kreisen der Hochschullehrer Klagen darüber laut, daß sich ein immer weniger genügend vorgebildetes Studienmaterial in die Hörsäle dränge. Schuld an dieser ungenügenden Vorbildung trug sicher die seit etwa zwei Jahrzehnten mehr und mehr sich greifende, im Hinblick auf frühere Härten nicht unbegriffliche und unbedingte Tendenz, die Jugend zu „schonen“, ihre körperliche Erntätigung, vielfach auf Kosten der geistigen Ausbildung, in den Vordergrund zu rücken, der jugendlichen Willensbetätigung freieren Spielraum zu gewähren („Jahrhundert des Kindes“). Innerhalb des schmerzlichen Mittelschulwesens kam diese Tendenz in dem bekannten Erlaß über die Reifeprüfung (1908), welcher der Natur ihre Schrecken nahm, und in dem Erlaß über das Prüfen und Klassifizieren (1908) zum Ausdruck, welsch letzterer unter anderem die von den meisten Lehrern seit langem geliebte Durcharbeitung des Lehrstoffes in der Lehrstunde zur allgemeinen Forderung erhob. Die neuen Lehrpläne von 1909 führten das Turnen als Pflichtgegenstand ein.

Auf der anderen Seite aber ließ man sich durch gewisse, immer gebieterischer auftretende praktische Bedürfnisse, vielleicht auch durch das unerreichte Ideal einer „unverfälschten Bildung“ dazu verleiten, die Zahl der Pflichtfächer wie der Unterrichtsstunden immer wieder zu vermehren und innerhalb gewisser Fächer immer wieder neue Gebiete in den Lehrstoff einzubeziehen. Einige wenige Daten, die sich zudem bloß auf das Gymnasium beziehen, werden dies genügend veranschaulichen. Während die wöchentliche Stundenanzahl sämtlicher Klassen an diesen Anstalten vor 1909 bloß 196 betrug, stieg sie durch die Reform dieses Jahres auf 224 (beziehungsweise 226) und beträgt heute 227. Der relativ-obligate Tschechisch-Unterricht, den heute an den deutschen Gymnasien Böhmens, Mährens und Schlesiens sicherlich neun Zehntel aller Schüler in 24 Wochenstunden besuchen, ist hierbei nicht mitgezählt. In der 1. Klasse hatten die Schüler vor 1909 bloß 22, heute haben sie 26, mit Tschechisch 29 wöchentliche Pflichtstunden; die Chivaner waren vor 1909 mit 25 und sind heute mit 30, beziehungsweise 32 Stunden bedacht. Sollen die Schüler anherdem gewisse Freigegegenstände (Gesang, Biographie, im Obergymnasium Freihandszeichnen, Französisch, Englisch usw.) besuchen, an den pünktlichen und naturwissenschaftlichen Übungen teilnehmen, die Jugendspiele mitmachen — welche bei vertribrigt ihnen für ihre physische Erholung, für Privatunterricht, den sie genießen oder erteilen, für ihre Familie, für Vektüre, den Sport und — für die häusliche Vorbereitung?

Vor 1909 gab es an den deutschen Gymnasien Oesterreichs im allgemeinen bloß elf Pflichtfächer, heute zählen wir ihrer an den Gymnasien des tschechoslowakischen Staates vierzehn: Religion, Deutsch, Latein, Griechisch, Geschichte, Geographie, Mathematik, Naturgeschichte, Physik, Chemie, Philosophische Propädeutik (Psychologie und Logik), Freihandszeichnen, Schreiben und Turnen. Als der fünfzehnte Gegenstand ist Tschechisch dazu zu zählen. Der Brimarer war vor 1909 zum Besuche von sieben und ist heute zum Besuche von zehn Fächern verpflichtet; in der achten Klasse entfällt zwar jetzt Religion, das von der sechsten ab bloß als Freigegegenstand gelehrt wird, dafür sind Geographie, Naturgeschichte, Turnen und Tschechisch neu hinzugekommen. — Die Zahl der gesamten wöchentlichen Deutsch-Stunden belief sich vor 1909 auf 26, heute auf 29. Der Lehrstoff umfaßt heute die deutsche Literatur bis zur Gegenwart, während man vor 1909 bekanntlich mit dem Todjahr Goethes, 1832, abschloß und von der nachpoetischen Dichtung bloß eine kleine Anzahl von Oesterreichern berücksichtigte. Ähnlich steht es mit anderen Unterrichtsfächern, vor allem mit Physik und Naturgeschichte, aber auch mit Geographie und Geschichte.

Es ist klar, daß diese beiden Tendenzen sich nicht nebeneinander auswirken können. Die eine verlangt eine bisweilen fast ängstliche Rücksichtnahme auf die

Grenzen der jugendlichen Leistungsfähigkeit, die andere bündet der Mittelschule immer wieder neue Aufgaben auf — sogar zu einer Zeit, da die gesundheitlichen, Erziehungs- und Unterrichtsverhältnisse dies von vornherein verbieten sollten. Bedauerlicherweise haben sich die Leiter unserer Mittelschulwesens solchen Erwägungen ganz verschlossen, als sie 1919, obwohl die körperliche und geistige Entwicklung unserer Jugend durch den Weltkrieg furchtbar gelitten hatte, eine neuerliche Vermehrung des Lehrstoffes und der Unterrichtszeit vornahmen. Zumindest hätte man den Lehrkräften sagen sollen: das Lehrziel, das man früher in gewissen Gegenständen, z. B. in Latein und Griechisch, erreicht hat, ist nicht mehr das unrige; daß das Gymnasium „perfekte Lateiner“ hervorbringe, ist eine veraltete Forderung; stimmt eure Ansprüche herab! Zudem man einem solchen Zugeständnis auszuweichen, schuf man an unseren Mittelschulen unmoralische und unhaltbare Zustände. Denn man darf nicht auf der einen Seite der Effektivität weismachen wollen, daß unsere Mittelschule heute viel mehr leiste als vor drei oder vier Jahrzehnten, während man im stillen Kämmerlein, d. h. in der Schulstunde oder am grünen Tische der Reifeprüfung aus dem Munde des Prüflings, die lustigsten Beweise für das Gegenteil zu hören bekommt. . . .

Die Mittelschullehrerschaft ist sich dieser Sachlage wohl bewußt, und wenn auch ihre Zielungsnahme zu der Frage hie und da nicht völlig einwandfrei erscheint, wenn auch zuweilen schwächere Naturen dem bekannten leisen Druck von oben zu willig nachgeben oder gelegentlich — ich glaube, auf beiden Seiten, viel seltener, als man gemeinhin annimmt — nationalistische Beweggründe eine zu liberale Auslegung und Handhabung der Schulvorschriften verschulden: im allgemeinen ist sie an dem System, welches eine fiktive Kampfhaft aufrecht zu erhalten sucht, unschuldig, leidet sie unter ihm, sträubt sie sich gegen seine Herrschaft. Freilich ist dieser Widerstand in der Regel nicht gerade übermäßig kräftig — aber wer wollte einem Lehrer zumuten, um der moralischen Grundlagen unseres Mittelschulbetriebes willen ein Märtyrertum, etwa das der strafweisen Verfehlung, der Nichtbeförderung in die höheren Gehaltsstufen oder gar der Stellenlosigkeit auf sich zu nehmen?

Unsere heutige Mittelschule ist ein Produkt der Zeit, da das Bürgertum sich ansah, die Macht im Staate zu übernehmen. Von vornherein war sie dazu bestimmt, den Interessen des Staates und der ihn beherrschenden Klasse zu dienen; in diesem Sinne wurde sie später ausgebaut. Gleich den anderen Einrichtungen des Bürgertums ist auch die Mittelschule heute ein „hohes Gebäude, an dem die Zeit und die Not röhren“. Ihre gründliche Umgestaltung gehört zu einem der ersten Erfordernisse unserer Partei. In welcher Richtung sich diese neue, große und wahre „Mittelschulreform“ der Zukunft bewegen wird, das zu erörtern kann hier nicht der Platz sein. Sicher ist eins: Die Anforderungen, die wir an die Schüler stellen, und ihre Leistungsfähigkeit müssen wieder in ein gesundes Verhältnis zu einander gebracht werden. Auch auf dem Gebiete der Pädagogik lassen sich potentiellische Dörfer errichten. Aber man darf sich nicht verhehlen, daß unter solcher pädagogischer Unmoral nicht bloß die intellektuelle, sondern auch die sittliche Ausbildung der heranwachsenden Generation leidet. Und davor müssen wir die Mittelschule, in die sicherlich bald auch die proletarische Jugend in immer größeren Scharen einziehen wird, unbedingt bewahren. K.—r.

### Der Kampf um die Gemeinschaftsschule in Deutschland.

Im Bildungsausschusse des deutschen Reichstags wird schon seit Wochen um den § 2 des Reichsschulgesetzes gekämpft, ohne daß es den bürgerlichen Parteien gelungen ist, zu einem Kompromiß über die Frage der Gemeinschaftsschule zu kommen. Entsprechend der Weimarer Verfassung haben die nichtchristlichen Bekenntnisse und die bekennnisfreien Weltanschauungen einen Anspruch darauf, in der Gemeinschaftsschule Berücksichtigung zu finden. Die Anträge der bürgerlichen Parteien laufen darauf hinaus, in der Gemeinschaftsschule den Unterricht auf christlicher Grundlage ohne Rücksicht auf die Besonderheiten der einzelnen Bekenntnisse für alle Kinder gemeinsam erteilen zu lassen. Bei der Belegung der Lehrstellen an der Gemeinschaftsschule soll auf das religiöse Bekenntnis der die Schule besuchenden Kinder noch Rücksicht Rücksicht genommen werden. Doch soll es nach dem Antrag der Bürgerlichen immerhin möglich sein, daß an den Gemeinschaftsschulen Lehrer tätig sind, die einem christlichen Bekenntnis nicht angehören.

Dem schließt sich die Reichsregierung nicht an. Sie ließ am Freitag folgende Erklärung abgeben: „Der Herr Reichsminister des Innern hält grundsätzlich an der Auflösung fest, wie sie im § 2 der Regierungsvorlage zum Ausdruck gelangt. Bei der Schaffung dieser Bestimmung ist davon ausgegangen worden, daß nach dem Willen der Weimarer Verfassung als Gemeinschaftsschule nicht lediglich die Simultanfchule, wie sie bisher in einigen Teilen Deutschlands besteht, in Betracht kommt. Abgesehen davon, daß die bisherigen Simultanfchulen in wesentlichen Punkten nicht übereinstimmen, also als einheitliches Vorbild nicht gelten können, ist auch die frühere Simultanfchule eigentlich nur eine gemeinschaftliche Schule für die beiden christlichen Konfessionen gewesen. Mit der Weimarer Verfassung haben aber auch die nichtchristlichen Bekenntnisse und bekennnisfreien Weltanschauungen ihr verfassungsmäßiges Recht erhalten und müssen demgemäß Berücksichtigung in der Gemeinschaftsschule beanspruchen.“ Es wird also von der Reichsregierung mit Deutlichkeit festgehalten, daß der Antrag der Regierungsparteien nicht der Verfassung entspricht, sondern daß die Reichsregierung auf dem Boden ihres Entwurfes und damit auch

im Wesen auf dem Boden des Antrages der deutschen sozialdemokratischen Fraktion stehen zu bleiben gewillt ist. Nach dieser Erklärung dürfte es den Kompromissparteiern schwer fallen, ihre Absichten durchzuführen — in Deutschland. Bei uns in der Tschechoslowakei aber einigten sich alle „freien Geister“ auf das — kleine Schulgesetz.“

### An die Mitglieder des Bezirkssozialistischer Lehrer.

1. Am 12. Feber gingen an alle Mitglieder Rundschreiben mit Rückkarte hinaus. Unserer dringenden Bitte um sofortige Beantwortung kamen leider sehr viele bis zum Reaktions-schluß nicht nach. Wir wiederholen also unsere Bitte nochmals.

2. Der heutige „Sozialdemokrat“ ergeht nur an jene Mitglieder, die jene Rückkarten geföhrt, oder ihre Beiträge bezahlt haben oder von den Bezirksgruppen als Mitglieder genannt wurden.

3. Die nächste Folge können wir nur mehr an jene Mitglieder schicken, die auch ihrer Zahlungspflicht für das 1. Vierteljahr 1928 nachgekommen sind. Wir bitten also, die Beiträge abzuliefern.

4. Der Kassier ersucht auch an dieser Stelle nochmals, womöglich auch in den Bezirksgruppen die Einzelszahlung mit Erlagföhren durchzuführen, weil so eine raschere Buchung möglich ist. Wir können dann auch die Quittungsmarken ersparen.

5. Niemand vergesse, jede Adressänderung sofort bekanntzugeben. Die Zeitungen kommen sonst als unbestellbar zurück.

6. Vergesse nicht, Aufsätze für unsere Spalte zu schreiben und zu schicken.

7. Werbet nur verlässliche, wirklich überzeugungstreue sozialistische Mitglieder.

8. Alle Zuschriften, Urgenzen, Rechtsfälle an Gen. Lehrer Ernst Thöner, Tepliy-Schönan, Woframstraße 2.

Dienstag, den 3. April, nachmittags 3 Uhr, findet im Gasthause des Herrn Schred in Tepliy, Gumpner Straße (Breiter Teil), eine gemeinsame Versammlung der Bezirksgruppen Tepliy, Bräk, Dux, Ruffig, Leitmeriz und Niederland statt.

### Tagesordnung:

1. Verbandsangelegenheiten (Gen. Thöner).
2. Ueber die Tätigkeit der Abgeordneten der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Berichterstatte Gen. Abg. Hoffmann).
3. Freie Anträge.
4. Vortrag des Gen. Fachlehrer Hoffmann über die „Materialistische Gesellschaftsauffassung“.

Die Gen. Gruppenleiter werden dringend aufgefordert, für den Besuch der Versammlung rege zu werden.

Am gleichen Tage findet am selben Orte um 2 Uhr eine Sitzung der Verbandsleitung statt, zu welcher hiemit deren Mitglieder eingeladen werden. Anwesenheit unbedingt notwendig.

Allen Mitgliedern unseres Verbandes empfehlen wir nachdrücklich, die von Friß Adler herausgegebene und vortrefflich geleitete Monatschrift „Der Kampf“ zu beziehen und zu studieren.

### Aus der Partei.

Frauen-Bezirkskonferenz Brüg, Sonntag, den 25. März um 9 Uhr vormittags in der Mädchen-Bierhalle in Brüg Frauen-Bezirkskonferenz. Tagesordnung: Protokoll der letzten Konferenz, Berichte, Vortrag der Genossin Diewald-Tepliy und freie Anträge.

### Kunst und Wissen.

„Die Räuber“. Urania-Vorstellung im Neuen Theater. Nur eine Bühne, die von einem einheitlichen Stil befeht ist, wies Schillers „Räuber“ ohne große Mängel ausführen können. Auf keinen Fall darf der Dramaturg vergessen, daß es heute eine sehr schwere Aufgabe ist, Schiller gut zu spielen und daß er daher die Jügel nicht aus der Hand geben darf. Die Prager Aufführung zeigte deutlich die Schäden, die erwachsen, wenn es jedem Schauspieler überlassen bleibt, mit seiner Rolle nach Belieben zu verfahren. Einige kleinere Rollen sind dabei recht gut angefallen. Die Herren Hoffmann (Schweizer), Heim (Spiegelberg), Kramer (Dermann), Koch (alter Mohr), Pittschau (Kosinsky) und vor allem Herr Renner als Koller zeichneten kräftige Gestalten mit scharfen Konturen. Fel. Kollo war als Amalia nicht ganz am rechten Platz, doch führte das wenig. Dagegen war der Karl Mohr des Herrn Firmsbach gänzlich mißlungen. Es fehlte ihm nicht nur jede tiefere Gestaltung, er brachte nicht einmal das übliche Pathos auf und blieb im schulmäßigen Deklamieren stehen. Auch Herr Soltau als Franz Mohr war eine Fehlbesetzung. Er schuf zwar eine durch Originalität der Auffassung und Technik des Spiels hochwertige Leistung, spielte aber, vom Dramaturgen im Stiche gelassen, eigentlich ohne Zusammenhang mit dem Ensemble. Gerade bei den Vornarrstellungen sollte man Fertiges, Abgerundetes bieten; die „Räuber“ boten als Gesamteindruck ein Bild mit vielen Rissen. — Doch auch eine billige Nachmittagsvorstellung vor halbleerem Hause stattfinden muß, ist bedauerlich und für das deutsche Prag sehr bezeichnend. E. Fr.

„Baruffal“. Am Karfreitag, 5 Uhr nachmittags, gelangt Richard Wagners großes Bühnen-Weihfestspiel „Baruffal“ unter Leitung Alexander Zemlinsths zur Wiederaufführung. Der Kartenverkauf beginnt heute.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Verehrte Hausfrau!



Beim Einkaufe von Fleisch, Mehl, Fett u. anderen Nahrungsmitteln achten Sie gewiß darauf, nur das Beste zu kaufen. An diesem Grundsatz halten Sie auch beim Einkaufe von Suppenwürze fest und verlangen Sie daher stets nur die Marke:

„GRAF“ in Originalflaschen!

Durch Vergleich

mit anderen Suppenwürzen werden Sie feststellen:

- /// eine größere Ausgiebigkeit, einen feinen und unauffälligen Geruch, einen angenehmen und nicht hervortretenden Geschmack, eine unbegrenzte Haltbarkeit.

GRAF'S SUPPENWÜRZE

hinterlässt in den Flaschen keinerlei Satz.

Erklärung.

Vor einem Jahre wurden von unserer Firma in einer Serie Reklamepostkarten zwei Karten verteilt, die geeignet waren, die Gefühle der Arbeiterschaft zu verletzen und über unsere Firma eine nachteilige Meinung hervorzurufen.

Zur Aufklärung führen wir an, daß die Entwürfe zu der Kartentafel nicht wie üblich der Leitung des Unternehmens zur Genehmigung vorgelegt wurden, sondern durch eigenmächtige Handlungsweise eines Angestellten zum Druck und Versand kamen. Tatsächlich war ihr Inhalt der Leitung bisher nicht bekannt. Wir erklären hiermit, daß wir uns mit dem Inhalte dieser Karten absolut nicht identifizieren, dieselben im Gegenteil mißbilligen und es uns vollkommen fern liegt, die schwere Lage der Arbeitslosen ins Lächerliche zu ziehen.

Da wir uns dessen wohl bewußt sind, welche Bedeutung der organisierten Arbeiterschaft als einer mächtigen Verbrauchergemeinschaft zukommt und stets von dem Bestreben geleitet werden, im besten Einvernehmen mit der Arbeiterschaft zu bleiben, appellieren wir an die Einsicht der Arbeiterschaft, aus diesem Verlehen keine unnötigen Schlüsse zu ziehen und unser aufrichtiges Bedauern ob dieses Vorfalles zur Kenntnis zu nehmen.

„Sana“ Margarine, und Nahrungsmittelwerke Gf. m. b. H. Prag-Bloubetin, Prag, Pucovna 2. 1512

Der gefertigte Betriebsausschuß der Firma „Sana“ Gf. m. b. H. gibt hiermit nachstehende Erklärung ab:

Unsere Firma, insbesondere deren Präsident Herr Wersel sind während der ganzen Dauer ihres langjährigen Bestandes unseren Forderungen stets nach Möglichkeit entgegengekommen.

Während der Kriegszeit hat die Firma die Familien der eingetragenen Arbeiter in jeder Weise unterstützt, und hat nach dem Umstürze wieder sämtliche, eingetragene Arbeiter in ihre Dienste wieder aufgenommen. Auch während der in der Nachkriegszeit ausgebrochenen Industrie- und Absatzkrise, in welcher der Betrieb der Fabrik überhaupt für einige Monate stillgelegt werden mußte, hat die Firma nicht einen einzigen Arbeiter entlassen und hat in einer Zeit, wo allen in den benachbarten Betrieben beschäftigten Arbeitern die Löhne herabgesetzt wurden, ihren Arbeitern nicht nur die vollen Bezüge belassen, sondern sogar denselben eigene Zuschüsse bewilligt.

Das Verhältnis der Arbeiterschaft zum Arbeitgeber war daher stets ein freundschaftliches und kann der Betriebsausschuß nicht anders, als anerkennen, daß die Firma stets alles für die Arbeiter getan hat und selbst, wie uns genau bekannt ist, oft Opfer nicht gescheut hat, um den Interessenten der Arbeiterschaft behilflich zu sein.

Der gefertigte Betriebsausschuß erklärt im Hinblick auf die durch Verbreitung einer Reklame, welche die Gefühle der Arbeiterschaft aufs tiefste verletzen mußte, hervorgerufenen Vorgänge der letzten Zeit, daß die Ausgabe dieser ungehörigen Reklame nur durch ein Verlehen eines untergeordneten Beamten erfolgt ist und der Firma selbst eine jede Beleidigung oder Herabsetzung der Arbeiterschaft und insbesondere der Arbeitslosen fernliegt.

Der Betriebsausschuß bittet daher die Arbeiterschaft von seiner Erklärung Kenntnis zu nehmen, da durch eine jede gegen die Erzeugnisse der Firma gerichtete Bewegung in erster Reihe die Arbeiter und Angestellten in ihrer Existenz geschädigt würden.

Prag-Bloubetin, 19. März 1923. Alois Praba, Vorst. Jaroslav Hausenschild, Schriftf. San HyrOUTH, Josef Slopec. 1512

Neueinstudierung „Alt-Heidelberg“. Wilhelm Meyer-Försters wirksames Studenten-Schauspiel „Alt-Heidelberg“ wird am Ostermontag nachmittags im Neuen Theater neuinstudiert gegeben. Kartenverkauf beginnt heute.

Arbeiter-Vorstellung „Der Widerspenstigen Zähmung“, Gastspiel Leopold Kramer. Sonntag, den 8. April nachmittags halb 3 Uhr wird im Neuen Theater das neuinstudierte Shakespeare-Lustspiel „Der Widerspenstigen Zähmung“ mit Leopold Kramer.

„Tolle Weiber“ (Folish Wives). 1490

Das Beste für Ihre Augen. liefert Optiker Deutsch, Prag, Graben 25, Kl. Bazar. 189

Herausgeber: Dr. Ludwig Ezech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

mer als Petruccio gegeben. Kartenverkauf ab Dienstag bei Optiker Genossen Deutsch, Graben 25, Kleiner Bazar.

Osterprogramm des Neuen Theaters: Samstag, 5 Uhr „Parfisi“; Ostermontag, nachmittags halb 3 Uhr „Frasquita“; Ostermontag abends Richard Strauß' Musikkomödie „Der Rosenkavalier“; Ostermontag nachmittags halb 3 Uhr „Alt-Heidelberg“; Ostermontag abends „Apsachen“; der Kleinen Bühne: Samstag zum ersten mal „Cheurlaub“; Ostermontag nachmittags „Extemporale“, halb 8 Uhr abends „Cheurlaub“; Ostermontag nachmittags halb 3 Uhr „Die kleine Sünderin“, halb 8 Uhr abends Gastspiel Räte Dorisch—Kreft Gutlig „Rit“.

Neues Theater. Heute nachmittags halb 3 Uhr „Die Bajadere“, abends Wiederholung der Verdi-Oper „Ernani“; morgen, Montag, die Nicolai-Oper „Die lustigen Weiber von Windsor“; Dienstag „Die Erwachsenen“; Mittwoch „Apsachen“.

Kleine Bühne. Heute nachmittags halb 3 Uhr „Ingeborg“, abends halb 8 Uhr „Die Erwachsenen“; Mittwoch Hermann Vahrs „Konzerl“; morgen, Montag, und Dienstag „Die kleine Sünderin“.

Bereinsnachrichten.

Gesangsverein „Gutenberg“ in Prag. Heute, Palmsonntag, abends 7 Uhr, im großen Uraniasaal Frühlings-Liedertafel mit anschließendem Tanzkränzchen. Eintritt 10 K inkl. Steuer.

Heute Sonntag ganztägiger Ausflug Münschederwald. Abfahr 10 Uhr 22 Wilsonbahnhof. Führung Dr. Klein. — Osterausflug in die Daubaer Schweiz (Ruhgründe). Teilnehmer anmelden.



Altbewährt ist Spaleks Czernosecker Weinessigfabrik er ist und bleibt der beste.

Quido Spalek Sohn, Leitmeritz. Modernst eingerichteter Gärungsprodukt. 866

NEUHEITEN

FÜR DIE FRÜHJAHRSSAISON

- REINWOLLE UND SEIDENSTOFFE. ETAMINE, BATTISTE, DIRNDLSTOFFE. WÄSCHE. WIRKWAREN. HERRENMODEARTIKEL. LUXUS- U. STRAPAZSCHUHE. SANDALEN

FREIE BESICHTIGUNG! KEIN KAUFZWANG! Vorzüglichste Qualität! Mäßige Preise! Detailgeschäft 1515

angegliedert dem ENGROS-LAGER der Großverkaufsgesellschaft für Konsumvereine SMICHOV ECKE BARANDOVA V LESICKU

L. Gestetner Ltd. Rotary Cyclostile Vervielfältiger and Original-Zubehöre. ALLEIN-VERTRIEB DER YOST Schreibmaschinen, PRAG-II., Nekazanka 2. Telefon 504L.

Vorlagen Sie die führenden amerikanischen prima Schweine-Schmalzmarken und schönsten Speckschnitte

„APEC“ und „Morrell“ Vertreter für die Tschechoslowakei: Robert Stránský, Prag II., Jungmannova 33. Drahtanschrift „Rostra“. Telefon 687.

Anerkannt beste Bezugsquelle für billige böhmische Bettfedern! 1. Klasse graue, gute Gänsefedern 18 K, halbweiße geschliffene 25 K, weiße, saumlos, geschliffen, 30 K, 40 K, 50 K; feine, Halbblau-Derrschauwolle 60 K, 70 K, 80 K. Von 5 Kilo aufwärts franco. Vertia gefüllte Federbetten 120/120 cm groß, aus prima blaßblauen Kanälen, 100 K, 130 K, 160 K, 200 K; Korbbetten, circa 80/60 cm, 40 K, 50 K, 75 K, 100 K. Versand gegen Nachnahme. Umtausch gestattet oder Geld retour. 1481 in Gal. Weinberge, Kramerska-Platz, 212/23, 212/24. — Ausländische Vertreter bitten wir zu kontaktieren.

Frühjahrsmäntel für Kinder, Knaben u. Mädchen. Enorme Auswahl. Erstklassige Ausführung. Beste Qualitäten. Spezialhaus für vornehme Bekleidung der Jugend. FERD. HIRSCH, PRAG, Velezná 14. Filiale Národní třída 37 „Platteau“. 1501 Die Auslagen werden d. frdl. Besichtigung empfohlen.

Piering-Sent u. Essig ist der beste! zu haben in allen Konsum-Vereinen.

Bibliotheken für Organisationen, Vereine, Gemeinden, Gewerkschaften, Schulen usw. werden zweckentsprechend zusammengestellt, sowie ergänzt, von der Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad. Inserieren Sie im „Sozialdemokrat“

Berson ist und bleibt stets die Qualitätsmarke



Verlangen Sie von Ihrem Schuhmacher das Anbringen von Berson Gummi-Absätzen und Gummi-Sohlen

Berson'schont die Schuhe, ist billiger und dauerhafter als Leder

Knaben-Matrosenanzüge von 2-14 Jahren von Kč 60.-

Knaben-Sportanzüge von 2-14 Jahren von Kč 70.-

Knaben-Manchester-Anzüge v. 2-14 Jahren von Kč 110.-

Knaben-Cheviotanzüge mit Weste u. Wollserge . . . . . von Kč 125.-

Knaben-Raglans und Ueberzieher von Kč 90.-

Knaben-Velvet-Hosen, Lederimitation von Kč 35.-

Stránský, Prag, Hybernská ul.